

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Die Kriegsarbeitsgemeinschaft.

Seit dem letzten Bericht sind über drei Monate verfloßen. In dieser Zeit ist die Tätigkeit der Kriegsarbeitsgemeinschaft aufeinander etwas in den Hintergrund getreten. Das ist auf zwei Vorgänge zurückzuführen. Die lange Dauer des Krieges macht die Einberufung immer neuer Jahrgänge erforderlich, so daß die meisten Bauarbeiter vom 19. bis zum 45. Lebensjahre unter der Fahne stehen, was natürlich dazu beiträgt, daß die Arbeitslosigkeit der Dacheingetragenen immer mehr zurückgeht und zeitweise in einzelnen Branchen sogar ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften herrscht. Zum andern ist der erste Teil der Tätigkeit des Zentralausschusses und der Bezirks- und Ortsausschüsse erledigt. An die in Betracht kommenden Behörden und Körperschaften sind die Eingaben gerichtet, die unsere Vorschläge und Anregungen enthalten. Zumeist sind diese Wünsche noch durch mündlichen Vortrag nachdrücklich unterstützt worden. Beide Tatsachen sind geeignet, einen gewissen Aufschwung in der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft eintreten zu lassen. Aus dieser Darstellung ergibt sich von selbst, daß keine Stodung in dieser Tätigkeit eintreten darf. In einigen Bezirken wird bereits die Befürchtung laut, daß die wenigen vorkriegenden — fast nur öffentlichen — Bauten der Vollendung entgegengehen und neue Arbeit nicht in Aussicht steht. Es gilt zu untersuchen, welche Maßnahmen für die Zeit des Krieges-überdauerns und gleich danach zu treffen sind. Auch müssen die Maßnahmen besprochen werden, die infolge der eingegangenen Antworten auf unsere Eingaben zu ergreifen sind.

In der Zeit, die seit dem letzten Bericht vergangen ist, sind wieder eine größere Anzahl Vorgänge zu unserer Kenntnis gekommen, die als erfreuliche Erfolge der Tätigkeit der Kriegsarbeitsgemeinschaft gebucht werden können. In diesem Bericht sollen aber auch einige Widerstände und Gemütsfragen vorgeführt werden. Ich hoffe, daß durch die offene Besprechung diese Mängel beseitigt werden.

Die Eingaben des Zentralausschusses sind zum Teil beantwortet worden. Diese Antworten werden in einem Anhang zu diesem Bericht den Lesern der bauarbeiterischen Fachorgane zur Kenntnis gebracht. Daraus wird ersichtlich, welche Landesbehörden die Eingaben nicht beantwortet haben. Die Eingaben der Bezirke- und Ortsausschüsse erlebten ein verschiedenes Schicksal. Ein Teil erfuhr eine sehr wohlwollende Aufnahme. Von diesem ist der größte Prozentsatz auch von einem erfreulichen praktischen Erfolge begleitet gewesen. Einzelne zentrale und kommunale Behörden haben getan, was in ihren Kräften stand; dagegen muß von andern gesagt werden, daß nicht Worte als Laten gegeben wurden. Aus andern Antworten muß geschlossen werden, daß die antwortgebenden Körperschaften der so wichtigen sozialen Frage kaum die ihr zukommende Bedeutung beigelegt haben. Hier einige Proben:

Auf Ihr Schreiben vom ... teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Bauten in dieser Gemeinde nicht auszuführen sind.

Ein Landrat: Seitens des Kreises ... sind weder dringliche Bauten auszuführen noch liegen irgendwelche Projekte für dringende Arbeiten vor.

Ein Magistrat: Auf das gefällige Schreiben vom ... teilen wir ergebenst mit, daß die Ausführung öffentlicher Bauten hierzu für die nächste Zeit nicht geplant ist.

Diese Körperschaften gehen mit keinem Worte auf die Anregungen und Vorschläge der umfangreichen Eingaben ein und weisen aufeinander das tiefere Eindringen

in das Problem der Arbeitsbeschaffung mit einem kühlen Satze von sich. Eine größere Anzahl von Eingaben sind gänzlich ohne Verantwortung geblieben. Zu denen, die nicht antworteten, gehören die Regierungspräsidenten in Aachen, Stade und Danabück, die Staatsministerien in Oldenburg und Altona, sämtliche Orte der Kreisbauhauptmannschaft Chemnitz, bis auf zwei Ausnahmen, und andere.

Auch einige Bezirksorganisationen des Deutschen Arbeitgeberbundes lassen das erforderliche Interesse für die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft vermissen. So der Landesverband Württemberg. Dieser Verband schließt aus gewissen Vorgängen, daß im Hinblick auf die Erwerbung einer privaten Bautätigkeit in Württemberg alle Anstrengungen vergeblich wären. „Aus diesem Grunde konnte sich der Ausschuss unseres Landesverbandes bislang nicht zur Gründung eines Bezirksausschusses für eine Kriegsarbeitsgemeinschaft erwidern.“ So war es im Januar und so ist es noch heute. — Der Bezirksarbeiterverband für die Provinz Sachsen und Anhalt betrachtet seine Beteiligung an der arbeitgemeinschaftlichen Tätigkeit nicht als eine soziale Pflicht im Interesse des Baugewerbes und darüber hinaus für das gesamte Volkswohl, sondern als eine Belohnung für das Wohlverhalten der organisierten Maurer und Hilfsarbeiter. Da diese Leute bei einigen im Bezirk zu erbauenden großen Kriegsbauten eine Kriegszulage als Ausgleich für hohe Lebensmittelpreise und als Auslösung für besondere Ausgaben ortsfremder Arbeiter gewünscht und mit den ausführenden Baufirmen vereinbart haben, ist er wegen angeblicher Verletzung des Tarifvertrages empört und verweigert um deswillen die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft. Hierdurch ist für das gesamte Baugewerbe die im Interesse des Gemeinwohls liegende soziale Tätigkeit bisher vereitelt worden.

Wesentlich handelt die örtliche Organisation in Oldenburg. Dort mußte der bereits gebildete Ortsausschuss wieder aufgelöst werden, weil die Unternehmer des Baugewerbes vorher eine Vertragsdifferenz ihres Gewerbes erledigt wissen wollten. Im weiteren fehlt es noch an den Bezirksausschüssen für Ostpreußen und für das Saargebiet und an Ortsausschüssen für recht bedeutende Orte, von denen unter andern zu nennen sind: Grimmitzsch, Plauen i. V., sämtliche Orte Westpreußens bis auf Elbing, Münden-Glabbeek, Norden, Nordensham und sämtliche Orte der vorgenannten Bezirke, für die Bezirksausschüsse noch nicht bestehen. In manchem Orte fehlt es heute an den geeigneten Personen; aber zur Zeit, als die Arbeitsgemeinschaft begründet werden sollten, war dieser Grund nicht oder nur in wenigen Fällen gegeben. In dem großen Wirtschaftsgebiet Rheinland-Westfalen-Bielefeld haben auf Wunsch der Unternehmer die bereits in Tätigkeit getretenen Bezirksausschüsse ihre Tätigkeit für die fernere Dauer des Krieges eingestellt. Die Vertreter der Arbeiterzentralverbände mußten sich schließlich damit einverstanden erklären, da man bekanntlich zur Liebe niemand zwingen kann. Mit der Beendigung des Krieges sollen die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Der Hauptgrund für dieses Verhalten ist hier wie in manchem andern Bezirk, daß zurzeit Arbeitslosigkeit nicht vorhanden ist; die Erfüllung der andern Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft erscheint den Betreffenden nicht so wichtig.

In diesem Zusammenhang möge der folgende Vorgang Erwähnung finden: In einer Sitzung des Bezirksausschusses in Essen wurde der engere Ausschuss beauftragt, eine Eingabe an die großen Industriewerke zu richten mit dem Ersuchen, wenigstens während der Kriegsdauer bei der Negiarbeit den Tariflohn zu zahlen. Die in engeren Ausschuss vertretenen Mitglieder der Arbeitgeber erklärten aber: da machen wir

nicht mit, und unsere Namen können wir dazu nicht hergeben. Auf Vorhaltungen, daß die Arbeitgeberorganisationen sich doch wiederholt an die Arbeiterorganisationen gewandt und verlangt hätten, daß diese Werke zur Einhaltung der Tariflöhne veranlaßt werden sollten, erklärten sie, daß sie grundsätzlich eine solche Eingabe nicht unterstützen könnten und daß sie auch die Arbeiterverbände in Zukunft mit solchen Beschlüssen versehen würden.

Die private Bautätigkeit

nimmt mit der Länge des Krieges immer mehr ab. Nur einige Städte bilden eine Ausnahme, in denen besondere lokale Verhältnisse es bedingen. In den ersten Frühjahrsmonaten wurden die aus dem Vorjahre und Winter stammenden Bauten fertiggestellt. Es handelt sich meist um Bau- und innere Arbeiten oder sonst notwendig gewordene Umbauten und Reparaturen. „Zurzeit ruht die private Bautätigkeit fast allgemein.“ So und ähnlich lauten die Berichte aus allen Landesteilen, aus großen und kleinen Orten und aus den Randgebieten. Besonders aus letzteren, und unter diesen wieder aus Mecklenburg, wird die Lage recht trostlos geschildert. Die Großgrundbesitzer und die Bauern halten mit der Arbeit zurück, obgleich hier die Dinge, besonders in der Geld- und Hypothekfrage, nicht so ungünstig liegen wie für den städtischen Bauherrn. In den zu Beginn des Krieges stillgelegten Bauten sind die Arbeiten zum größten Teil wieder aufgenommen und ihrer Vollendung entgegengeführt worden. Es liegen aber auch noch eine erhebliche Anzahl Bauten still. So zum Beispiel in Stettin fünf große Wohnhäuser, da die Besitzer weder Baugelder noch Hypotheken bekommen konnten. In Westpreußen sind Aufstellungsbauten in größerem Umfang nicht wieder aufgenommen. In Posen Wohnhäuser und Umbauten. Das gleiche gilt für Leipzig, Dresden, Chemnitz, Meerane, Reichenhain, Altenburg, Magdeburg, Halle, Alsterleben und Helmstedt. In Stuttgart ruht die Arbeit an 52 Wohnhäusern und Umbauten, in Hannover an 3, Braunschweig 1, Erfurt 4, Pforzheim 13, Karlsruhe 7 und Heidelberg 3. In letzteren Orten sind zurzeit nur zwei kleinere Bauobjekte vorhanden, und in Weinheim fehlt es überhaupt an jeder Arbeit. Die Bauarbeiter haben in andern Industrien Unterkommen suchen müssen. Im rheinisch-westfälischen Gebiet liegen noch eine erhebliche Anzahl Privatbauten still, insbesondere viele Bauten der großen Werke und unter diesen besonders die jener Werke, die mit ausländischem Kapital gespeist werden.

Unter vielen andern beschäftigte sich auch der Ortsausschuss in Mannheim mit der Feststellung der liegend gebliebenen Bauten, um womöglich deren Fortführung zu erlangen, was ihm auch in drei Fällen gelang. Als Ursache der Stilllegung stellte er fest: die Einberufung der Unternehmer, vor allem aber der Mangel an Hypothekengeldern. Um die schwierige Hypothekbeschaffung zu bessern, wurden mit den hauptsächlichsten Geldinstituten und der städtischen Sparkasse Besprechungen eingeleitet. Ein Direktor der ersteren erklärte, daß sie eigentlich viel weiter gingen als andere Banken, die während des Krieges überhaupt keine Bauobjekte beileihen. Auch seine Bank könne nur Hypotheken gewähren von 35 bis 50 pZt. Die Sparkasse gewährt noch Geld bis zur Höhe von 60 bis 70 pZt. des Darwertes, ist aber auch beschränkt durch den Mangel an Mitteln, da hohe Summen für die Kriegsanleihen bereitgestellt wurden. Unter diesen Umständen ist die private Bautätigkeit sehr erschwert, ist fast unmöglich geworden. Ende 1914 waren bereits 100 Bauobjekte genehmigt, von denen aber unter den geschäftlichen Verhältnissen die meisten noch der Ausführung harrten. Aus diesem Beispiel ist ersichtlich, wie durch das Versiegen der Geldquellen die Wiederbelebung der privaten



Arbeit kommt die öffentliche für Reich, Staat und Gemeinden. Für diese Institutionen kommt nicht nur das Bedürfnis in Frage, sondern auch das allgemeine öffentliche und soziale Interesse. Würde nicht alles getan, um den Angehörigen des Baugewerbes Beschäftigung zu schaffen, so müßte eine wirtschaftliche Not entstehen, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Das Baugewerbe und die dazu gehörenden Nebengewerbe beschäftigen die größte Anzahl Arbeitskräfte unter allen Industriezweigen. Es wird daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, wenn die Orts- und Bezirksausschüsse an die ihnen bereits bekannten Stellen herantraten und zunächst um Auskunft ersuchen, ob und in welchem Umfange Vorkehrungen für die Zeit nach dem Kriege getroffen ist. Wo dies noch nicht geschehen sein sollte, da müssen die geeigneten Vorschläge gemacht werden. Aus Bayern und andern Reichsteilen ist bekannt, daß infolge des Kriegsausbruchs Schulhaus-, Krankenhaus- und andere öffentliche Bauten zurückgestellt wurden, für die alle Vorarbeiten erledigt waren. In vielen Gemeinden sind große Absichten von den geplanten und bewilligten Bauten erfolgt mit der Begründung, daß, wenn bei Beendigung des Krieges Arbeitslosigkeit zu erwarten sei, diese Bauten dann sofort in Angriff genommen werden sollten.

Es sei zum Schluß gestattet, unter mehreren zwei ersichtlichste Berichte auszugsweise wiederzugeben. Die Kommission des Ortsausschusses für Karlsruhe fand eine sehr verständnisvolle Aufnahme beim Oberbürgermeister dieser Stadt. Die Stadt habe bisher getan, was in ihren Kräften stand; so solle es auch bleiben. In Hochbauten sei allerdings für die nächste Zeit wenig Aussicht, dafür seien aber reichlich Straßenbauten in Aussicht genommen. Auch die Nebengewerbe werden reichlich Beschäftigung finden durch die Fertigstellung der im Bau begriffenen Schulen sowie durch die Wiederinstandsetzung der von der Militärverwaltung in Benutzung genommenen Schulhäuser nach Beendigung des Krieges. Außerdem wird ein Kanalisierungsprojekt vorbereitet, das es sofort beim Friedensschluß in Angriff genommen werden kann.

Die Baudeputation der Stadt Hamburg hatte die Vertreter der Kriegsarbeitsgemeinschaft zu einer persönlichen Besprechung geladen, in der die Regierungsvertreter einen ausführlichen Bericht über das Bauprogramm für das Jahr 1915 gaben. Danach sollen vergeben werden und sind schon vergeben: 23 größere und kleinere Neu- und Umbauten für M. 6 000 000, außerdem Bauten in Vorbereitung für M. 4 000 000; Unterhaltungsarbeiten, Erneuerung von Schulinventar usw. für M. 2 000 000. Ingesamt für etwa zwölf Millionen Mark Bauarbeit. Auf Anfrage, welche Arbeiten die Baudeputation bei Beendigung des Krieges vorsehen habe, wurde erwidert, daß eine Umfrage an alle Baubehörden im Gange sei, welche und was für Bauleistungen in den einzelnen Abteilungen für die Zukunft noch benötigt werden. Sobald das Ergebnis dieser Umfrage der Baudeputation bekannt sei, würde diese die Vorarbeiten zu weiteren Bauten sofort beginnen. Hermann Silberstein.

Antworten auf Eingaben der Kriegsarbeitsgemeinschaft.

Dem Reichsversicherungsamt ist auf die Eingabe der Kriegsarbeitsgemeinschaft vom 20. Januar dieses Jahres am 15. März folgende Antwort erteilt worden:

„Das Reichsversicherungsamt hat beschlossen, mit den Landesversicherungsanstalten in der Angelegenheit in Verbindung zu treten. Dies wird in nächster Zeit geschehen.“

Die Ministerien der deutschen Bundesstaaten haben auf die Eingaben der Kriegsarbeitsgemeinschaft, betreffend Unterstützung unserer Bestrebungen, folgende Antworten erteilt:

Preußen.
Vizepräsident des Staatsministeriums: In einem Abdruck der gestellten Eingabe vom 1. dieses Monats habe ich den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern zugehen lassen.

Minister des Innern: Die Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres, betreffend Bitte um staatliche Maßnahmen zur Behebung der Bauaktivität und damit zur Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit, hat mir entsprechend meiner Ressortzuständigkeit zu besonderen Maßnahmen keine Beantragung gegeben.

Kriegsministerium: Auf die Eingabe vom 11. März 1915 wird erwidert, daß von Seiten des Kriegsministeriums alsbald nach Kriegsausbruch das Erforderliche wegen Wiedereingliederung der im Gange befindlichen Bauten verjagt worden ist.

Der Fortgang fast sämtlicher Bauten, sowohl der früher begonnenen wie der neu in Angriff genommenen, wird wesentlich behindert durch die Schwierigkeit, Arbeitskräfte, insbesondere Maurer, Erd- und Bauhilfsarbeiter, zu erlangen. Von einer allgemeinen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe kann wenigstens zurzeit nicht gesprochen werden.

Eine amtliche Zusammenstellung der in Aussicht stehenden Bauarbeiten im Bereich der Heeresverwaltung für die Kriegsarbeitsgemeinschaft anzu fertigen, muß abgesehen werden. Aus dem Etat sind alle Baualanlagen ersichtlich, für welche Mittel durch die gesetzgebenden Körperschaften bewilligt worden sind.

Die sonstigen in der Eingabe vom 17. Oktober 1914 ausgesprochenen Wünsche und Anregungen beziehen sich auf Angelegenheiten, für welche das Kriegsministerium nicht zuständig ist.

Das dortige Gesuch um Ueberlassung dienstunbrauchbarer Dienst- und Weuteperde ist dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe zur Entscheidung überandt worden.

Der Justizminister: Bei Aufstellung des Entwurfs des Staatshaushalts für 1915 ist die Justizverwaltung bemüht gewesen, soweit als irgend möglich, den in der Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres geäußerten Wünschen nach Schaffung von Arbeitsgelegenheit für das Baugewerbe und die damit im Zusammenhang stehenden Zweige des Handwerks durch Einstellung der Mittel für Errichtung neuer und Fortsetzung bereits begonnener Bauten entgegenzukommen.

Die weiter in der Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres erteilten Wünsche betreffen den Bereich der mir unterstellten Verwaltung nicht.

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten: In Würdigung der in der Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres vor-

getragenen Gesichtspunkte, habe ich den dort kundgegebenen Wünschen im Bereiche meines Geschäftskreises nach Möglichkeit entsprochen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten: Bereits seit Mitte August sind an die mir unterstellten Behörden Anweisungen ergangen, um wirksam dem Arbeitsbedürfnis in den industriellen und gewerblichen Betrieben zu Hilfe zu kommen. Weiterentlassungen zu verhüten und bestehende Arbeitslosigkeit zu mildern, die Beschäftigungstätigkeit und die Vergebung von Leistungen und Lieferungen in dem Umfange wie vor dem Kriege aufrecht zu erhalten und die Bauaktivität nach Möglichkeit an allen Stellen, wo Arbeitskräfte für die Ausführungen zur Verfügung standen, zu betreiben. Die Maßnahmen haben sich insbesondere auch auf die Arbeiten, die für das Baugewerbe in Frage kommen, erstreckt. Durch mehrfache Veröffentlichungen in der Presse über die Entwidlung der Bauaktivität im Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung und der Staatsbahnverwaltung, wird Ihnen der Umfang der Bauaktivität bekannt geworden sein. Eine amtliche Bekanntgabe der geförderten Bauten erdienen wegen der überproportionalen Anzahl von weit über tausend Ausführungen nicht erforderlich. Wenn weiter im Bereiche der Verwaltung erforderliche Maßnahmen in Bezug auf die Sicherstellung und die Gewährung von Abschlagszahlungen schon in den ersten Kriegsmontaten in Kraft gesetzt wurden, über die ebenfalls mehrfache Bekanntgaben erfolgt sind, wird Ihnen in der Eingabe vom 17. Oktober gegebenen Anregungen in den wesentlichen Punkten entsprochen sein.

Der Minister für Handel und Gewerbe: Auf die Eingabe vom 11. März dieses Jahres erwidere ich Ihnen, daß zur Steigerung der im Baugewerbe herrschenden Beschäftigungstätigkeit wegen Vergebung und Fortführung staatlicher Bauten und Normalbau baulicher Unterhaltungsarbeiten bereits das Mögliche geschieht.

Königreich Sachsen.
Ministerium des Innern: Auf die Anfrage vom 11. März 1915 ist mitzuteilen, daß das Ministerium des Innern in der fraglichen Angelegenheit mit dem Landesauschusse der Kriegsarbeitsgemeinschaft des Baugewerbes im Königreich Sachsen verhandelt, zur Klärung der Sachlage auch die betreuenden Organisationen zur Aussprache aufgefordert hat. Diese Berichte sind noch nicht alle eingegangen.

Württemberg.
Ministerium des Innern: Auf Ihre an das Königlich Württembergische Staatsministerium gerichtete und von diesem hierher übermittelte Schreiben vom 11. März 1915 beehre ich mich mitzuteilen, daß ich die in Ihrer Eingabe vom 31. Oktober vorigen Jahres vorgedachten Wünsche in nähere Erwägung gezogen habe und daß denselben im diesseitigen Geschäftskreis nach Zuständigkeit Rechnung getragen wird.

Baden.
Ministerium der Finanzen: Mir sind bereit, die uns unterstellten Baubehörden auf die von Ihnen beschaffenen neuen Organisationen hinzuweisen. Zu diesem Zwecke ersuchen wir um Uebersendung von 15 weiteren Abdrucken Ihres Schreibens vom 1. März dieses Jahres.

Sachsen-Weimar.
Staatsministerium, Departement des Innern: Was zur Behebung des Baugewerbes hat geschehen können, ist im Gebiet des Großherzogtums getan worden. Die bewilligten Staatsbauten sind in Angriff

wie wenn es Sandfäden wären. Das war ihre Berufswelt in den geschlossenen Gräben. Ich frage mich sehr oft, was soll da werden, wenn es Sommer wird? Es wird sich nicht wundern, daß in solchen Nächten die Phantale der Kameraden laut arbeitet. Man glaubt auf einmal etwas zu sehen, auch, wenn laut nach dem verächtlichen Pfau zu schliefen wird's immer deutlicher, bewegt und wehrt sich. „Da arbeitet einer am Trautbergen, sofort Knüttelungen werden“, ruft schon der Nebenmann, obwohl der ebenjünglich gesehen hat. Die Knüttelung beruhigt die Gemüter. Man sieht sich bei deren Schein oder nochmals recht genau die Linien der hervorleuchtenden Punkte im Gelände an, um Veränderungen leichter zu erkennen. An unserer Stelle heißt's gut ausgepostet, denn das Artilleriefeuer hat vom Trautbergen wenig übriggelassen. Außer einigen Feuerüberfällen durch die Artillerie überlegen die Nacht und der Vormittag ruhig; dann geht gegen Mittag eine furchtbare Kanonade von einundzwanzigstündiger Dauer ein. Nach einer Pause von einem halben Stunde fängt das Artilleriefeuer von neuem noch heftiger an. Dänen und Deutschen alle Batterien von der Nebelherzane bis zur schweizerischen Säuliche. Die schwächeren Geschütze nehmen Feuer für Meter den Gräben vor und einen ihm ein. Schwer sind die Opfer. Und nun jeder Nerv fieber — gehen sich drüben die dunkelsten Wägen des Feindes; Kopf an Kopf. „Sie kommen!“ geht's durch den Gräben. Und schon sinken die ersten Reide zusammen. „Sowie sie aus den Gräben kommen, sinken sie zusammen oder fallen gleich wieder zurück.“ Wenige kommen weiter ran und werden, Handgranaten zu werfen. Sie explodieren vor dem Gräben. Wir arbeiten flüchtig mit Handgranaten. Ein großer Teil unserer Leute muß plat auf dem Boden liegend, den Angriff abzuwehren. Ein französischer Offizier ruft und willst keinen Leuten im Gräben zu; aber sie lassen ihn im Gräben und drinnen hüßig drinnen. Der Angriff ist glänzend abgeblieben. Man hört wieder eine halbe Stunde Artilleriefeuer ein. Man fängt das einzelne Geschütz gar nicht mehr treppieren. Es ist ein formliches Trömmeln, ich glaube, die Dölle sei los. Alle die Wägen feilschhalten,

die sich einem in wochenlangen Kämpfen zeigen, ist kaum möglich. Sehr brav haben sich unsere Soldaten und Sannerbunge gehalten. Leider liegt jetzt mancher unter grünenden Mäsen oder verdammt in einem Bagarati. Lieber den Feind möchte ich nur soviel sagen, daß, wenn die französische Infanterie so vorzüglich wäre wie ihre Artillerie, wir noch mehr zu schaffen hätten. Nun zu mir selber. Ein paar Tage später, nach einem starken Geschütze — die Franzosen kamen wieder mal bis in den Gräben —, wühlten wir weiter nach rechts rüden. Wägenische Truppen waren zur Verstärkung herangekommen. Durch Zufall komme ich an die Spitze des rechten Flügels. Ich frage über Zule und Schwenkerbunde weg — denn der Gräben ist wieder mal eingeebnet und steht festknirsch unter Infanteriefeuer —, da bin ich plötzlich allein. Gehe noch weiter. Auf einmal erhalte ich ganz tolles Infanteriefeuer. Wie ich den Kopf hebe, sehe ich etwa 35 m vor mir im eigenen Gräben die Franzosen. Der Franzose eines Wolltessers der „Bauer“ gibt mit einem Redner. Unserer Flanke muß gefesselt werden. „Quack und einige Kameraden herangeblüht. Wie hüben und liegen tiefer. Ein Schweinewetterer dazu. Es regnet und hagelt und binnen kurzem sind wir in Lehm eingewickelt. Das Gewehr sieht nicht besser aus. Immer wieder den Versuch reinigen. Das sind furchtbar peinliche Augenblicke. Schließlich wird's Nacht und unter dem Schutze der Dunkelheit bewegen wir eine Wägeniche gegen Infanteriefeuer. Die Franzosen haben aber die Wägeniche des nächsten Laufgrabens im Besitz. Wir sitzen, ohne Verbindung nach rückwärts, wie die Maus in der Falle. Diese Verbindung mußte geschaffen und zugleich als Schützenbunker umgebaut werden, sonst konnte der Feind mit geringen Mitteln unsere Wägeniche der Flanke her aufgerinnen. Hier mußte schließlich geschaltet werden. Mit rollen die Wägen arbeitete ich, während des heftigen Feuers ein paar Gruppen arbeitete ich, während des heftigen Feuers ist die ganze Nacht durch. Lieber die Wägen dabei will ich nichts sagen. Als der Tag herannah, ist der Gräben, die Wägen nicht mehr zu sehen, fertig. So, nun können die Franzosen rechts, wo sie etwa 100 m Frontbreite unteres vordere Gräben haben, nicht weiter vor. Wei-

einem Versuch würden sie von uns in der Flanke gefaßt und förmlich niedergemäht werden. Unsere Verluste waren bei der Arbeit verhältnismäßig gering. Der neue Gräben tat in den folgenden Wochen dem Bataillon gute Dienste, allerdings hielten ihn die Franzosen Tag und Nacht unter schwerstem Feuer. Immer gelang es aber, den Gräben bei Nacht gefahrlos zu machen. Wie jetzt oft im Kriege, so war eben auch die gute Vorkundung dieser Tat mit heiler Haut Glückssache. Lieber Freund, ich wäre Dir sehr dankbar, wenn ich Cuno's Schrift erhalten könnte, die Du im „Grundstein“ besprochen hast. Der Beilichtteil im „Echo“ vom 2. Mai (der auch im „Grundstein“ veröffentlichte Artikel von unserem Kollegen Max E. heißt: „Wir im Felde und Sie zu Hause.“ Die Neb.) müßte jedem Genossen und Gewerkschafter im Felde zugänglich gemacht werden; die Worte sind mir aus dem Herzen gesprochen. Also nochmals Dank für Dein süßes Paletchen mit herzlichen Grüßen an alle Kollegen im Bureau. Dein Nikolaus D.

Ein großes Stück Arbeit.
Einen Brief, den ein Raumburger Kollege aus dem Bagarati in Baden an den Kassierer unseres Zweigsvereins Raumburg richtet, entnehmen wir folgende Sätze: „Werter Freund Max! Habe heute den „Grundstein“ erhalten, worin ich Dir herzlich danke. Es ist mir eben einmal etwas, wonach ich mich schon längst gesehnt habe und noch dazu jetzt, wo ich Zeit habe zum Lesen. Bin allerdings noch nicht durch, habe nur die letzte Nummer gelesen, in welcher der Bericht des Vorlandes zu finden war. Daß die Mitgliederzahl mit Nacht zurückgehen mußte, ist klar; aber daß es 37000 Mitglieder nicht für nötig gehalten haben, sich abzumelden, oder daß sie gar dem Verband den Rücken gekehrt haben, das ist sehr bedauerlich. Da wird ja für Euch, die Ihr zu Hause bleiben müßte, wieder ein großes Stück Arbeit sein, wenn nicht für die Kollegen, die schon immer agitatorisch, wenn nicht für nötig gehalten herztlichen Gruß an alle Verbände- und Parteimitglieder.“ Karl D.



genommen und werden fortgeführt, soweit sie nicht schon vollendet sind.

Bei der Vergabe von Arbeiten werden die leistungsfähigen ortsnahen Firmen vorzugsweise herangezogen. Auf die Vergabe von Bauleistungen durch die Landesverfügungsbahnen, Sparkassen oder Stiftungen einzugehen, sind wir nicht in der Lage. In dieser Hinsicht kann aber vielleicht von der Tätigkeit der in Großherzogtum unter Beteiligung des Staates begründeten Kriegskreditkasse einige Hilfe erwartet werden.

Sachsen-Meinungen.

Herzoglich Sächsisches Staatsministerium, Abteilung des Innern: Auf Ihre Eingaben vom 31. Oktober d. J. und vom 11. März d. J. benachrichtigen wir Sie, daß die hiesigen größeren staatliche Bauarbeiten nicht zu vergeben sind.

Sachsen-Coburg.

Herzoglich Sächsisches Staatsministerium: Auf die Eingaben vom 31. Oktober d. J. und 11. März d. J. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir von Beginn der Kriegsjahre Verordnungen an mit Erfolg bemüht sind, zur Erhaltung der Volkswirtschaft zu schaffen, soweit es unsere finanziellen Mittel erlauben.

Schwarzburg-Rudolstadt.

Fürstlich Schwarzburgisches Staatsministerium, Abteilung des Innern: Dem Zentralausschuß teilen wir auf die Eingabe vom 11. März d. J. mit, daß zur Steuerung der Arbeitslosigkeit im Fürstentum unter anderem der Bau einer neuen Landesheil- und Pflegeanstalt in Rudolstadt in Angriff genommen ist.

Anhalt.

Herzoglich Anhaltisches Staatsministerium: Auf die Eingaben vom 31. Oktober 1914 und 11. März 1915 erwidern wir ergebenst, daß wir bestrebt sind, für das Baugeschäft nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Waldeck.

Der Landesdirektor: Auf die Eingabe vom 11. März d. J. erwidere ich ergebenst, daß der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch Beschäftigung der Bauartigkeit auch hier im Lande gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Hamburg.

Rangliste des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg: ... Es wird bemerkt, daß schon bald nach Kriegsausbruch eingehend erwogen ist, welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Bauartigkeit und zur Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit getroffen werden können. Das Ergebnis der Beratungen war die Bereitstellung erheblicher Mittel zur Ausführung von Hilfsarbeiten und die Anordnung, möglichst viele Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten beschnitten zu lassen. In der Ausführung begriffene Bauten werden, soweit nicht die Materialbeschaffung unüberwindbare Schwierigkeiten bereitet, tunlichst gefördert. Den Unternehmern werden nach Möglichkeit Erleichterungen gewährt. Der Staatsbauplan für 1915 sieht eine Reihe neuer Bauarbeiten vor, die demnächst in Angriff genommen werden.

Meißen.

Fürstliches Staatsministerium: ... Wir teilen mit, daß wir den gewählten Ausschüssen bereits aus eigener Initiative nach Möglichkeit entsprochen haben und auch für die Zukunft zu entsprechen gedenken.

Meißen a. L.

Fürstlich Meißnische Landesregierung: ... Wir erwidern, daß dem Gesuche um Förderung der Bauarbeiten der Gemeindefürsorge, soweit das nicht bereits geschehen, nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird.

Bremen.

Baukommission des Senats: ... Wir teilen mit, daß die staatlichen Bauausführungen in Bremen bisher während des Krieges einen sehr unregelmäßigen Verlauf genommen haben, und daß insbesondere bei der Vergabe von Arbeiten keine Schwierigkeiten eingetreten sind. Auch ein in den letzten Monaten zeitweise herorgetretener Mangel an Arbeitskräften hat bislang zu nennenswerten Inanspruchnahmen nicht geführt. Möglicherweise wird es den Unternehmern zu überlassen sein, selbst die erforderliche Fürsorge zu treffen und sich eventuell dieserhalb an den zuständigen Ortsausschuß der Kriegsgemeinschaft zu wenden.

Lübeck.

Die Baubehörde: Die vom Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände und dem Deutschen Bauernbundesverbanden der Landesbauernverbände der Jahre 1914 und eine die gleichen Ziele verfolgende Eingabe des Arbeitgeberverbandes für das hiesige Land vom 31. Oktober d. J. und des hiesigen Verbandes der Bauarbeiter vom 15. Dezember 1914 an den Senat sind von diesem an die Baubehörde zur Erledigung abgegeben worden. Daraufhin haben Vertreter der Baubehörde mit den Unterzeichnern der Eingabe vom 15. Dezember am 23. Dezember eine Besprechung gehabt, die zu einem Einverständnis über die Art der Maßnahmen geführt hat, die in Lübeck zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen sind. Diese Maßnahmen sind, soweit es die durch militärische Einberufungen sehr geschwächte Beamtenschaft der Baubehörde gestattet, teils bereits ausgeführt, teils in der Wege geleitet worden.

Großherzoglich Hessisches Staatsministerium der Finanzen, Abteilung für Baubauwesen: Auf die Eingabe an Großherzogliches Staatsministerium vom 1. März dieses Jahres geben wir Ihnen von der aus der Anlage ersichtlichen Anweisung an die uns unterstellten Behörden Kenntnis.

Anlage: In sämtliche unterstellten Behörden einschließlich der Großherzoglichen Kreisbauinspektoren. Im vermehrte Arbeitsgelegenheit im Krieg zu schaffen, haben die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugeschäftes eine Kriegsarbeitsgemeinschaft für das hiesige Land mit einer Anzahl von Kreis- und Ortsausschüssen gebildet.

Der Bezirksausschuß für das Großherzogtum Hessen hat seinen Sitz in Frankfurt a. M.; ferner bestehen in den größeren und mittleren Städten Ortsausschüsse, so in Darmstadt, Mainz, Offenbach, Friedberg u. s. f. In den hierüber vorliegenden Eingaben werden neben der Bitte um Befreiung von Steuern oder anderer Bauausführungen verschiedene Wünsche hinsichtlich des Verfahrens bei demnächstigen Arbeitsübergehungen vorgetragen. Es handelt sich namentlich um Heranziehung des einheimischen leistungsfähigen Gewerbes und seiner Ortsverbände, um Ausschluß von Schleuderangeboten, gründliche Veranschlagung auch im Hinblick auf die kurzzeit

ungefährte Fortgang unserer Volkswirtschaft und damit die Fortführung der in Angriff oder in Aussicht genommenen Arbeiten und Aufträge ist. Sie hat sich weiter um die Beschaffung billigen Kredits bemüht und hierzu die Landesversicherungsanstalten herangezogen, Gemeinden für öffentliche Arbeiten, die größter Arbeitslosigkeit entgegenzutreten geeignet sind, billige Darlehen zu dem Zinsfuß, wie er vor dem Kriege bestand, in sehr beträchtlichen Beträgen vorzuschreiben; des weiteren übernimmt die K. Versicherungs-kammer auf Veranlassung der Staatsregierung Renten-scheine der Landeskultur-Rentenanstalt unter neuen Bedingungen zugunsten der Gemeinden, die zu neu aufzunehmenden Kleinwohnungsbauten für sich selbst oder für Genossenschaften Landeskultur-Rentenarbeiten aufnehmen. Auf dem Gebiete der Vergabe gehen wohl schon die beteiligten Vorkomitees genügend Handhaben, während die auszuführenden öffentlichen Bauarbeiten aber erst dann einer dem Arbeitsmarkt angemessenen Preisbildung unterliegen können, wenn die Angebotspreise der Bewerber nicht ausgeglichen werden. Schleuderangebote werden bei Vergabungen nicht berücksichtigt. Die Kriegsarbeitsgemeinschaft kann sich verdient machen, wenn sie mit den Behörden vertrauensvolles Zusammenarbeiten pflegt und diesen ihre Wahrnehmungen über Auswüchse des Verdingungsweises rüchellos mitteilt. Der weitere Ausbau der Vergabungs-vorrichtungen ist in Behandlung.

Im übrigen nimmt die staatliche und auch die gesamte öffentliche Bauartigkeit nur einen verhältnismäßig geringen Raum im Rahmen der gesamten Bauartigkeit ein; nachhaltige umfangreiche Hilfe für das Baugeschäft ist daher nur vom Wiedererzählen stärkerer privater Bauartigkeit zu erwarten. Die Frage, wie diese staatlich gefördert werden kann, bildet den Gegenstand meiner besonderen Sorge. ges. Dr. Frick. v. Coblen.

Am 5. Juni ist der 22. Beitrag in diesem Jahre fällig. Arbeitslose Mitglieder, die vom Beitrage befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden. :: ::

erhöhten Herstellungskosten und auf die Arbeiterbeiträge, um die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einhaltung der tariflichen und ortsnahen Arbeitsbedingungen sowie um gleichmäßige Verteilung der Arbeiten. Diesen Gesichtspunkten ist zwar in dem Verdingungs-erlass von 1893 und seinen Ausführungsvorschriften schon Rechnung getragen. Bei der gegenwärtigen schwierigen Geschäftslage erzieht es sich jedoch anzuerkennen, daß Augenmerk besonders darauf hingelenken und ihnen zu empfehlen, bei Vergabe der Bauarbeiten und Aufträgen alle zur Erhaltung des ortsnahen und leistungsfähigen Gewerbes getroffenen Anordnungen eingehalten und gegebenenfalls hierbei auch mit den bestehenden landwirtschaftlichen Einrichtungen (Ortsausschüssen u. s. f.) in geeignetes Benehmen zu treten.

Sippe.

Fürstlich Lipphisches Staatsministerium: Der Kriegsarbeitsgemeinschaft erwidert das Staatsministerium, daß den in der Eingabe vom 31. Oktober vorigen Jahres ausgesprochenen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen wird.

Nachern.

Der Bayer. Staatsministerium des Innern: Ihre Eingabe vom 31. Oktober 1914, die eine ausdrückliche Befreiung nicht erbat, vielmehr als allgemeine Anregung zu betrachten war, wurde mit den übrigen Eingaben von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen des Baugeschäftes eingehend gewürdigt und ließ bei den Maßnahmen der Staatsregierung nicht unberücksichtigt. Die Ziele der Befreiungen der Staatsregierung wollen Sie aus der in Abdruck heiliegenden Entscheidung von heute an dem Bezirksausschuß der Kriegsarbeitsgemeinschaft für die Praxis ersuchen.

Anlage: An den Bezirksausschuß der Kriegsarbeitsgemeinschaft der Pfalz. Von der Bildung der Kriegsarbeitsgemeinschaften des Baugeschäftes und ihrer bisherigen verdienstlichen Wirksamkeit hat die Staatsregierung mit Genugtuung Kenntnis genommen. Die Verbände, die sich in solcher Weise zu Interessen der Förderung und Schonung der gegenseitigen Verbände, haben sich damit nicht gering zu schätzende Verdienste auch um das Vaterland erworben. Zu den einzelnen Darlegungen des pfälzischen Bezirksausschusses der Kriegsarbeitsgemeinschaft bemerke ich im Einzelnen mit den übrigen beteiligten Staats-ministern:

Der Bitte, daß die durch den Bauplanungsplan genehmigten öffentlichen Bauten mit Beschleunigung ausgeführt, dann doch weitere Mittel bereitgestellt werden, endlich, daß auch für Bauarbeiten nach dem Kriege Vorkehrungen getroffen werden, ist, soweit der Staat selbst als Auftraggeber in Betracht kommt, bereits in weitem Umfang Rechnung getragen. Die Staatsregierung hat sich, wie bekannt, entschlossen, die Baugewerkschaften so schnell wie möglich zu verbünden, dann bei weitem mehr als bisherige Bedürfnisse auch über den Rahmen des Finanzgesetzes hinaus Folge hoch- und Tiefbauten, für die grundsätzliche Zustimmung des Landtags erhalten ist, zu fördern und entsprechende bereits zum Ausdruck geäußerten Bedenken hinsichtlich der Beschäftigung der Arbeiter, soweit es sich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt, zu berücksichtigen. Endlich sind die Behörden bereit, damit beschäftigt, weitere Bauarbeiten für den Fall eines unumgänglichen notwendigen Bedarfes, sei es im Kriege, sei es alsbald nach dessen Ende, vorzubereiten. Auch auf die Bauartigkeit der Kreise, Distrikte, Gemeinden, Kreisvereinigungen und Kirchgemeinden hat die Staatsregierung nach Möglichkeit Bedenken entgegenzunehmen gesucht. Sie hat in wiederholten Ausdrücken und Besprechungen darauf hingewiesen, wie wichtig der möglichst

Feststellung über die Beschäftigung der Mitglieder.

Die Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Baugeschäft, die seit Beginn dieses Jahres Woche für Woche vorgenommen werden, zeigen andauernd einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig so gering ist, wie wir sie selbst in Zeiten der besten Konjunktur nicht hatten. Dennoch wäre es verfehlt, wollte man von der geringen Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern auf eine überaus günstige Konjunktur im Baugeschäft schließen. Wenn auch nicht von der Hand zu weisen ist, daß für Rechnung der öffentlichen Bauverwaltung direkt oder indirekt eine weitere Ausbreitung der Blüthenperiode in der letzten Zeit außerordentliches Arbeiten in Angriff genommen worden sind, deren Ausführung zu Friedenszeiten nach unterlassen wäre, so wird die geringe Zahl der Arbeitslosen in der Hauptstadt doch sehr stark beeinflusst durch die große Zahl der im Heeresdienst stehenden Bauarbeiter und durch die Zahl derjenigen, die in anderen Industriezweigen Beschäftigung gefunden haben.

Über die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen Verbandsmitglieder haben wir anlässlich zweifeltig, wenn auch nicht streng richtige Angaben. Es sind über 185 000 Mitglieder, die bisher aus diesem Grunde abgemeldet worden sind. Wenn wir nur annehmen, der vierte Teil von ihnen wäre auf die vorhandene Arbeit noch mit angewiesen, sojort würde die Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig nur 1,96 p. Ct. der Gesamtmitgliedschaft ausmacht, auf etwa 30 p. Ct. emporschnellen und damit einen Stand erreichen, der als sehr ungünstig bezeichnet werden müßte. Darüber, wo zurecht die beschäftigten Bauarbeiter ihren Gewerbe ausüben, wir bis jetzt darauf, in anderen Industriezweigen, haben wir bis jetzt keinerlei Anhaltspunkte. Wenn man sich der Verhältnisse erinnert, die in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges gerade das Baugeschäft vom völligen Stillstand gebracht hatten, dann erscheint die Annahme nicht unbegründet, daß die Zahl der Verbandsmitglieder gar nicht gering ist, die in anderen Industriezweigen, vornehmlich in solchen, die für die Kriegserstellung und -ausführung geschaffen, arbeiten. Hierüber soll eine Feststellung Klarheit schaffen, die in der Woche vom 20. bis 26. Juni über die Beschäftigung der Verbandsmitglieder vorgenommen werden soll. Der Wert dieser Feststellung wird sich nicht nur in der Gegenüberstellung der Zahlen erschöpfen, sondern sie wird auch als die erste Grundlage für die Beurteilung der Beschäftigungsmöglichkeit nach dem Kriege anzusehen sein, die wiederum für die zu erwartende finanzielle Anspannung des Verbandes nicht ohne Bedeutung sein wird. Ohne Zweifel werden auch bei Beendigung des Krieges die kurzzeit in anderen Gewerben, namentlich die in der Wirtschafts-industrie beschäftigten Bauarbeiter dort überflüssig werden und sich wieder ihrem Gewerbe zuwenden.

Die Feststellung erfordert eine lässliche Durchführung. Wir ermahnen deshalb von allen Zweigvereinsvorständen, daß sie uns dabei nach Kräften unterstützen und die Feststellung gewissenhaft vornehmen. Es handelt sich, wie ausdrücklich betont werden soll, nur um die Befragung der Mitglieder, soweit sie im Zweigvereinsgebiet wohnen, aber außerhalb arbeitenden Mitglieder werden an ihrem Arbeitsort befragt. Die Befragung erstreckt sich auf die Beschäftigung im Hoch- und Tiefbaugeschäft, auf die Beschäftigung in den verschiedenen Gruppen in der Blüthenperiode, wobei besonders darauf hingewiesen werden soll, daß Arbeiten an Befestigungsarbeiten, Festungen, Werften, Luftschiffhallen usw. nicht zur Blüthenperiode gehören, sondern als Hoch- oder Tiefbaugeschäft gelten. Außerdem kommt in Betracht die Beschäftigung im Handel und Gewerbe und in der Forst- und Landwirtschaft.

Weitere Informationen werden die Zweigvereinsvorstände von den Bezirksleitern erhalten, von denen sie auch die nötigen Formulare zugesandt erhalten.

Der Verbandsvorstand.

„Das große, glückliche Italien.“

Kollege W. Winnig schreibt uns: Majestätisch raucht der Strom der Kriegesreden durch Europa. Hoch und hehr klingt das Lied zum Preise Italiens. Signor Salandra sprach das stolze Wort von dem „großen, glücklichen Italien“ und volltönend gab das Echo in Frankreich die Worte zurück.

Die Welt der offiziellen Rhetorik ist eine andere als die der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen. Der Wirtschaftsmann und Sozialstatistiker, der diese Hymnen hört, lächelt und läßt die Zahlen sprechen; sie sprechen von anderem als von Glück und Größe.

Beginnen wir mit der Bevölkerung. Italien ist sehr dicht bevölkert, es ist nächst Belgien und Großbritannien das am stärksten bevölkerte Land Europas; auf ein Quadrat-kilometer entfallen 120,94 Einwohner, das ist noch etwas mehr als in Deutschland, wo auf der gleichen Fläche 120,04 Einwohner leben. Italien hat auch eine vorteilhafte Gebirgs-geographie, auf 1000 Einwohner kamen im Jahre 1912 32,4 Lebens-geborene gegen 19,0 in Frankreich, 22,8 in England, 28,3 in Deutschland, 31,5 in Oesterreich und 46,8 im europäischen Mittel-land. Auch die Sterbeziffer ist nicht besonders ungünstig; wenn Italien mit 18,2 Verstorbenen auf 1000 Einwohner auch Deutschland um 2,6 übertrifft, so bleibt es doch aber gegen Oesterreich und gar erst gegen Rußland weit zurück. Trotzdem trägt die Bevölkerungszunahme in der letzten Volkszählungsperiode nur 0,63 pSt. der mittleren Bevölkerung. Das ist zwar noch immer mehr als in Frankreich (0,18), aber doch erheblich weniger als in Deutschland (1,36) oder Ruß-land (1,87), und bleibt selbst noch gegen Oesterreich-Ungarn (0,87) zurück. Wie ist das möglich?

Des Rätsels Lösung liegt in der außerordentlich starken Auswanderung, worin Italien jedes andere Land Europas weit übertrifft. Von je 100 000 Einwohnern wanderten im letzten Jahre, aus dem die Zahlen bekannt sind, 1912, nicht weniger als 204 aus! Diese Zahl wird von keinem andern Lande auch nur annähernd erreicht. Selbst Oesterreich, das auch unter einer starken Auswanderung leidet, bleibt mit 45 von je 100 000 Einwohnern weit dahinter zurück. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der auswandernden Italiener 711 000, und davon gingen 418 000 nach außer-europäischen Ländern, gingen also dem Lande höchstwahrscheinlich dauernd verloren. Die übrigen 293 000 Aus-wanderer gingen zumeist nach Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Viele von ihnen kehren periodisch nach der Heimat zurück, entziehen aber dem Lande ihre Arbeitskraft. Man weiß, die Auswanderer immer die besten, lebens-wichtigsten Elemente des Volkes sind. Man kann darum ruhig sagen, daß Italien (und zwar schon seit rund zwei Jahrzehnten) Jahre für Jahre eine halbe Million seiner kräftigsten Arbeiter verliert.

Es ist natürlich nicht Unstimmigkeit und Wandelhaft, was diese Leute aus dem Heimatlande treibt, sondern die nackte Not, der tatsächliche Hunger. Wer die Italiener dort, wo sie für gutes Geld arbeiten, beobachtet hat, weiß, daß sie sogar sehr schäftig sind und am liebsten Jahr für Jahr an dieselbe Arbeitsstelle zurückkehren. Für den Volkswirtschaftler ist eine hohe Auswanderung stets ein Zeichen unglücklichsten Verhältnisses. So ist es auch in dem „glücklichen“ Italien.

Diese wirtschaftliche Verarmung zeigt uns ein Bild auf die italienische Volkswirtschaft. Italien ist ein vor-wiegend agrarisches Land. Seine Industrie ist — abgesehen von der sogenannten Fremdenindustrie — gering und zeigt nur schwache Spuren einer gesunden Entwicklung. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der in Industrie und Bergbau beschäftigten Erwerbstätigen nicht nur nicht vermehrt, sondern um etwa 200 000 vermindert, die Zahl der Erwerbs-tätigen in Handel und Verkehr ist dagegen um 600 000 ge-wachsen, — das ist eben der Ausschlag des Fremden-verkehrs. Von je 100 Erwerbstätigen entfielen bei der letzten Zählung auf die Landwirtschaft 66,7, auf Industrie und Bergbau 24,5, Handel und Verkehr 7,4. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, sei bemerkt, daß die Zahl der Baumwoll-fabrikanten in Italien am 1. März 1912 4 622 000, am 1. März 1914 dagegen nur noch 4 600 000 betrug; also Abgang, während sonst in der ganzen übrigen Welt eine Vermehrung eingetreten ist. Die notorische Bedeutungs-losigkeit der italienischen Industrie sei an einigen wichtigen Zahlen demonstriert. Die Kohlenförderung betrug im Jahre 1912 in Italien 0,66 Millionen Tonnen, in Frank-reich 41, in Oesterreich-Ungarn 61, in Deutschland 255 und in Großbritannien 264 Millionen Tonnen. Die Eisen-erz-förderung betrug (gleichfalls in Millionen Tonnen) in Italien 0,56, in Oesterreich-Ungarn 4,71, in Großbritannien 14,01, in Frankreich 18,5, in Deutschland 22,6. Die Holz-eisen-produktion betrug sich in Italien auf 0,33, in Oesterreich-Ungarn auf 2,60, in Frankreich auf 4,94, in Großbritannien auf 9,03, in Deutschland auf 17,6 Millionen Tonnen. Auch in der Gewinnung anderer Erze: Zinn, Kupfer, Blei usw., bleibt Italien weit zurück und zeigt vor allem tiefe Ent-wicklung. Sein nicht unbedeutender natürlischer Reichtum bleibt ungenutzt, weil seinen Regierenden das Interesse und

das Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes fehlen.

Man sollte annehmen, der auswärtige Handel Italiens wäre infolge der günstigen Lage des Landes und infolge seiner dichten Bevölkerung besonders groß. In Wirklichkeit beträgt er in Einfuhr und Ausfuhr nur 5,1 Milliarden Mark, ist also kleiner als der Handel Belgiens, Hollands, Oesterreich-Ungarns — von Frankreich, Deutschland und England gar nicht zu reden; er ist nicht einmal doppelt so groß wie der Handel der kleinen Schweiz, und der Uebersehhandel erfolgt obendrein zu drei Vierteln auf Schiffen fremder Nationalität. Die Hauptausfuhrartikel sind Seide, wovon ein starkes Drittel nach Deutschland geht, Getreide, Früchte, Spirituosen, Käse, Häute, Schwefel. Ein starkes Siebel für den gesamten Ausfuhr ging vor dem Kriege nach Deutschland, und fast ein Fünftel der gesamten Einfuhr mußte von Deutschland be-zogen werden.

Ganz erbaumungswürdig schlecht ist es um die italienische Landwirtschaft bestellt, obwohl Italien große Gebiete außerordentlich guten Bodens hat. Sehr fruchtbar ist die ganze Po-Ebene, deren Boden dem unserer Marktschen nahekommt. Außerdem die Reggio Emilia, Teile von Campanien und fast ganz Sizilien. Trotzdem reichen die Erträge nicht aus, um den Bedarf des Landes zu decken. Jahr für Jahr muß Weizen eingeführt werden, im letzten Jahre für mehr als 300 Millionen Mark; auch Holz muß in großen Mengen gekauft werden. Das kommt einmal daher, daß man nichts tut, um die ehemals so fruchtbaren, im Laufe der Jahrhunderte aber zu Sumpf oder Steppe gewordenen Flächen in Mittelitalien wieder kulturfähig zu machen, zum andern aber von der überaus schlechten Bewirtschaftung des Bodens. Zehntausende von Hektaren liegen heute als Stümpfe da, in denen die Malaria haust, die ehemals zu den fruchtbarsten Gebieten der Halbinsel gehörten. Andere riesige Strecken sind trostlose, trodene Wüsten, wie die römische Campagna, wo schon vor zwei Jahrtausenden ertragreichster Landbau betrieben wurde. An dies unerlöste Italien haben die römischen Wirtschaftler nicht gedacht, und das Kreuz der Savoyat hat die Erbfermission, die sich ihm hier auf-drängte, unerfüllt gelassen.

Die schlechte Bewirtschaftung wird am besten durch einige Zahlen beleuchtet. In Deutschland erntete man im Jahre 1913 im Durchschnitt auf einen Hektar 47 Zentner Weizen, in Italien dagegen nur 24,5. Bei Roggen lauten die Zahlen für Deutschland 38,2, für Italien 22, bei Gerste für Deutsch-land 44,4, für Italien 18,8, bei Kartoffeln für Deutschland 317,2, für Italien 129. Solche Unterschiede sind kein Zufall, sondern Folgen der unterschiedlichen Bewirtschaftung. Gäßt man diese Tatsachen nebeneinander, so genügen sie, um die starke Auswanderung zu erklären. Sie zeigen uns alles in allem ein armes Land, das wohl für die Ferien-reisenden und die Freunde und Verehrer klassischer Kunst ein Paradies, für seine armen Söhne aber eine Hölle ist. Es entspricht diesem Bilde durchaus, wenn in diesem Lande die Zahl der Analphabeten erstaunlich groß ist. Mehr als die Hälfte aller erwachsenen Frauen und ein Drittel der erwachsenen Männer können weder lesen noch schreiben. Nahezu 85 pSt. aller Sterbenden müssen ohne ärztliche Behandlung zugrunde gehen.

Das ist das große, glückliche Italien! Braucht man noch auf die geheimen Verbrechen der Wirtschaft, auf die nahe Verbindung von Verbrechen und Politik hinzuweisen, die eine italienische Wesenheit ist? Man kann darüber streiten, ob diese Erscheinungen, ob die notorische Korruption italienischer Politiker nicht ebenfalls mit dem Tiefstande der wirtschaftlichen und sozialen Kultur des Landes zusammenhängen; aber man kann es nicht unterlassen, bei den Ursachen vom großen, glücklichen Italien sich ihrer zu erinnern. Das arme italienische Volk hat so viele Verbrechen seiner regierenden Mafia erdulden müssen; wird es auch diesen Krieg, das größte aller Verbrechen, erdulden?

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz.

Der Weltkrieg ist einen ungeheuren Druck auf das Wirtschaftsgeschehen aller Völker aus. Wir erinnern uns, daß die beiden letzten Balkankriege, die sich zum Weltkrieg verhalten wie ein Vorpostengeplänkel zur Schlacht zweier Armeen, auf das Wirtschaftsgeschehen des damals neutralen Deutschlands einen bedeutenden Einfluß ausübten. Der Weltkrieg aber ist auch auf alle neutralen Länder einen so großen Einfluß aus, daß die Bevölkerung dieser Länder fast um nichts besser daran ist als die der kriegführenden Staaten. Wir berichteten bereits in der Nummer 18 des „Grundstein“, daß die holländische Bevölkerung sich bitter über die teuren Lebens-mittelpreise beklagte. Noch bitter als um die holländische Bevölkerung ist es in dieser Hinsicht um die schweizerische bestellt. Während Holland zum wenigsten den Seeweg zum Verkehr mit dem neutralen Ausland benutzen kann, ist die Schweiz bei der Warenzufuhr vollständig auf den guten Willen der vier Großstaaten angewiesen, in deren Mitte sie als kleines wirklich neutrales Völkchen liegt.

Beim Kriegsausbruch wurden in der Schweiz die aller-schlimmsten Beschränkungen für die eigene Zukunft laut. Jetzt nach neun Monaten Krieg erkennen die Schweizer, daß manche Dinge sich nicht so sehr schlimm gestalten, wie man zuerst

bedürchtete. Namentlich der Weltmarkt ist fast normal; er ist zurzeit nicht ungünstiger als in den Jahren 1909 und 1910. Die schweizerische Nationalbank hatte Ende März für 414,6 Millionen Frank Noten im Umlauf gegen 455,9 Millionen Frank am Jahreschluß 1914. Der Goldbestand war Ende März um zirka 78 Millionen Frank größer als Ende März 1914. Die einzige Klage vom Weltmarkt ist, daß der Zinsfuß außergewöhnlich hoch ist. Es besteht die Bes-fürchtung, daß dieser hohe Zinsfuß nach dem Kriege nicht so bald verschwinden wird, da dann nach der Meinung von Finanzfachmännern eine rege Kapitalnachfrage einsetzen wird. Den augenblicklichen Schaden von diesem hohen Zinsfuß haben direkt die Hypothekenschuldner und indirekt die Arbeiter als Mieter und als Produzenten von Wohngelegenheit. Die schweizerischen Geldinstitute weisen in ihren Geschäftsberichten nach, daß sie trotz des Krieges die Bilanz im Jahre 1914 sehr gute Geschäfte machten. Vor uns liegen die Bilanzen von 44 Banken, von denen nur sechs weniger als 5 pSt. Dividende ausschütteten. Die Durchschnittsdividende betrug bei reichlichen Rücklagen und Abschreibungen 5,7 pSt. Finanzkraft scheint also die Schweiz zu machen. Vor uns liegen die Bilanzen von 44 Banken, von denen nur sechs weniger als 5 pSt. Dividende ausschütteten. Die Durchschnittsdividende betrug bei reichlichen Rücklagen und Abschreibungen 5,7 pSt. Finanzkraft scheint also die Schweiz zu machen. Vor uns liegen die Bilanzen von 44 Banken, von denen nur sechs weniger als 5 pSt. Dividende ausschütteten. Die Durchschnittsdividende betrug bei reichlichen Rücklagen und Abschreibungen 5,7 pSt. Finanzkraft scheint also die Schweiz zu machen.

Auf den übrigen Gebieten des schweizerischen Wirtschafts-lebens zeigen sich in letzter Zeit Anzeichen entschärfter Besserung. Auf dem Arbeitsmarkt kamen auf 100 offene Stellen für Männer im Februar 1915 147,5 Arbeitsuchende gegen 161,8 im Februar 1914 und 148,6 im Februar 1913. Der Außenhandel wurde nicht so stark beeinträchtigt wie man beim Beginn des Krieges befürchtete hatte. Der Güterverkehr auf den Bundesbahnen überschritt im Jahre 1914 den Durch-gangsverkehr Nord-Süd zurückzuführen ist. Die beiden Selbstentwurfungsanstalten in Basel und Zürich hatten einen größeren Umsatz als im Vorjahre. Dagegen haben die Fremdenindustrie und die Holzindustrie sehr stark. Der Bericht des Verbandes Schweizer Arbeitsämter führt über den gesamten Arbeitsmarkt im Jahre 1914 folgende Zahlen an:

Table with 4 columns: Monat, Erst Stellen, Stelle- suchende, Besetzte Stellen. Rows include months from January to December, and summary for 1914 and 1913.

Im Jahre 1914 überstieg die Zahl der eingeschriebenen Stellenuchenden, die sich bei den Arbeitsämtern anmeldeten, zum ersten Male das hundertste Tausend. Stellt man die Zahl der offenen Stellen in Beziehung zur Zahl der Stelle-suchenden, so kommen auf 100 offene Stellen im Jahre 1900 105, 1911 und 1912 110, 1913 118 und 1914 135 ein-geschriebene Arbeitsuchende. Ueberhaupt ist die Lage der Arbeiterbevölkerung viel mehr im ungünstigen Sinne durch den Krieg beeinflusst worden, als die Lage der Kapitalisten und Großbauern. Zur größeren Arbeitslosigkeit kommt für die Arbeiter die Zerstörung der notwendigen Lebensmittel, deren Preise zum großen Teil noch höher sind, als in den freiziehenden Nachbarländern. Gemeinden, Kantone und Bund haben sich veranlaßt, allerlei Maßnahmen zur Ein-dringung der durch den Krieg bewirkten Notstände zu treffen. Maßnahmen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die bürgerliche Klasse, um deren Befreiung zu hemmen. Eine bei uns nicht unbekannt Erscheinung war das Verhalten der Großbauern, die in keiner Weise bereit waren, das Los ihrer besitzlosen Volksgenossen mildern zu helfen, obwohl die Bauernschaft überreichlich infolge der hohen Preise profitierte. Diese schweizerischen Agrarier machen im Gegenteil schon jetzt allerlei Anstrengungen, um die hohen Preise auch nach dem Kriege halten zu können. Um ihrer Selbstsucht die Krone aufzusetzen, verlangen sie jetzt vom Staat, daß er ihnen teilweise die zur Verteilung des Landes aufgebauten Truppen unentgeltlich zur Ausrüstung stelle, und sie haben in der Tat mit diesem Verlangen einen gewissen Erfolg gehabt. Das geschieht in einer Zeit, in der es arbeitslose Arbeiter und arbeitenden zu Tausenden gibt.

Zum Dank für die geleisteten Unterstüßungen scheinen sich die Bauern bei den Unternehmern und Kapitalisten politisch anbieten zu wollen. Das läßt sich wenigstens aus einigen Zeitungsausschnitten und Broschüren schließen. Ein Bauervertreter gab eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Wirtschaftliche Richtlinien für die Schweizer Volkspolitik“. In dieser Broschüre kommen folgende bezeichnende Sätze vor: „So ist der Bauer der sicherste Hort gegen den Unsturz. Auch unsere Städte haben es schon mehrfach erfahren, was sie in Zeiten von Unruhen an den Landbataillionen besitzen und mancher, der das ganze Jahr über die hohen Lebensmittelpreise ausgebeugt hat, atmet erleichtert auf, als er die Dragoonen vom Lande durch die Straßen reiten sah.“ Jedenfalls kommt uns in Deutschland dies alles sehr bekannt vor. Wir empfinden es



aber doch als ein starkes Stück, daß in der Schweiz, einem demokratisch regierten Lande, Soldaten oder Wehrmänner, wie die Schweizer sagen, zur unentgeltlichen Arbeit zu den Großbauern kommandiert werden. Das ist im militärischen Deutschland nicht möglich, und es sollte namentlich jene unserer Schweizer Freunde, die ständig über die deutschen Verhältnisse entsetzt sind, veranlassen, nebenbei ein wenig auf ihre eigenen Angelegenheiten zu achten. Darin werden sie sicher mit uns übereinstimmen, daß auch die Schweizer Arbeiter und ihre Organisation nach dem Kriege schwere und wichtige Aufgaben haben. Hoffen wir, daß es ihnen gelingt diese Aufgaben zu lösen.

Die Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr 1915 nach Ortsgrößenklassen.

Das erste Vierteljahr brachte in diesem Jahre nicht die sonst in den ersten Wintermonaten gewöhnliche hohe Arbeitslosigkeit. Immerhin war die Arbeitslosigkeit größer als in den letzten drei Monaten des vorigen Jahres. Kammen auf 100 von der Statistik erstellte Mitglieder im Oktober 18,9, im November 17,3 und im Dezember 16,1 Arbeitslose, so stieg dies Verhältnis im Januar auf 20,7, erreichte im Februar mit 22,6 den Höhepunkt und sank dann im März auf 20,1. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu den erstellten Mitgliedern war somit im März noch um 4 pZt. höher als im Dezember. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen nach Ortsgrößenklassen betrachtet, ergibt folgendes Bild.

Ortsgrößenklassen	Januar	Februar	März
Orte mit 100000 u. mehr Einwohn.	12 804	12 520	9 886
" " 20 000 bis 100000 "	7 300	7 382	6 286
" " weniger als 20 000 "	8 284	8 371	7 543
Im ganzen Reichs...	28 388	28 273	23 665

Nach diesen Zahlen entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in den Mittel- und Kleinstädten ungünstiger als in den Großstädten. Nach der Zunahme im Januar nahm die Arbeitslosigkeit in den großstädtischen Zweigvereinen im Februar und März wieder ab; um ein Viertel war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im März niedriger als im Januar. In den beiden andern Ortsgrößenklassen dagegen hatten die Vereine auch im Februar eine, wenn auch geringe Zunahme der gemeldeten Arbeitslosen. Der dann im März erfolgte Rückgang blieb bedeutend hinter dem in den Großstädten zurück; er betrug kaum ein Fünftel der im Januar gemeldeten Arbeitslosen. Im ganzen Reichs meldeten die berichtenden Vereine im März etwa ein Sechstel weniger Arbeitslose als im Januar. Auch ein Vergleich der in nachstehender Tabelle niedergegebenen Verhältniszahlen läßt erkennen, wie sich die Arbeitslosigkeit seit dem ersten Vierteljahr 1914 besonders im März zu Ungunsten der kleineren Zweigvereine entwickelte. Auf je 100 von der Statistik erstellte Mitglieder entfielen:

Ortsgrößenklassen	Januar		Februar		März	
	1914	1915	1914	1915	1914	1915
100000 und mehr Einwohner	28,3	20,4	22,6	21,4	12,8	17,9
20 000 bis 100 000 "	32,7	20,8	18,9	21,8	8,7	20,3
weniger als 20 000 "	33,4	21,8	25,7	25,5	10,2	23,7
Im ganzen Reichs...	30,7	20,7	22,8	22,6	11,1	20,1

War die Arbeitslosigkeit in diesem Winter auch nicht so hoch wie vor einem Jahre, so ging sie doch bedeutend langsamer zurück. Stand sie im Januar gegenüber demselben Monat des Vorjahres etwa wie 2 zu 3, so blieb sie im Februar nur wenig zurück; in den Mittelstädten überstieg sie

sogar schon die im Vorjahre festgestellte Arbeitslosigkeit. Im März dieses Jahres war sie in den Großstädten ungefähr um ein Drittel und in den Zweigvereinen der kleineren Orte mehr als doppelt so hoch wie vor einem Jahre.

Ortsgrößenklassen	Januar		Februar		März	
	auf 100 erstellte Mitglieder	auf 100000 Einwohner	auf 100 erstellte Mitglieder	auf 100000 Einwohner	auf 100 erstellte Mitglieder	auf 100000 Einwohner
100000 und mehr Einw.	13,7	11,2	13,3	11,9	12,7	8,4
20 000 bis 100 000 "	15,4	12,5	13,3	13,2	14,5	10,9
weniger als 20 000 "	15,7	14,3	16,4	17,4	16,4	14,5
Im ganzen Reichs...	15,0	12,4	14,6	13,7	14,4	10,7

Vorstehende Uebersicht über die Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt für die Mittel- und Kleinstädte das ungünstigere Bild. Sie hatten verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen, und diesen bot sich doch schwerer wieder Arbeitsgelegenheit als in den Großstädten.

In den großstädtischen Zweigvereinen waren von je 100 Mitgliedern ungesund und am letzten Werktage des Monats arbeitslos:

Stadt	Januar		Februar		März	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Nachen	18,9	18,9	16,0	2,1	17,6	3,9
Augsburg	14,2	7,1	16,1	6,5	13,0	3,2
Barmen-Elberfeld	9,6	4,4	8,6	3,4	8,5	3,4
Bödingen	2,4	2,4	4,0	—	—	—
Bonn	11,5	6,5	14,9	8,6	15,0	3,9
Braunschweig	14,3	7,1	15,2	3,9	15,8	—
Breslau	20,0	16,7	26,8	24,0	27,5	14,5
Cassel	9,8	4,2	11,7	4,2	50,3	2,5
Chemnitz	41,4	24,6	40,6	20,8	40,3	14,9
Düsseldorf	12,9	6,4	12,0	3,4	11,4	2,8
Dresden	22,5	20,0	23,8	6,9	14,5	3,4
Düsseldorf	15,5	14,8	20,7	10,9	15,5	6,7
Danzig	1,7	0,7	2,5	0,7	0,9	0,9
Dortmund	27,0	18,8	26,2	13,9	21,1	8,0
Dresden	3,1	1,2	1,7	0,3	1,9	0,4
Duisburg	5,1	2,6	5,2	1,6	3,8	0,6
Düsseldorf	11,7	8,3	8,8	2,9	7,1	2,1
Essen a. d. Ruhr	10,0	1,9	9,9	0,1	0,7	—
Frankfurt a. M.	10,7	6,9	12,6	3,9	9,1	1,8
Gelsenkirchen	1,3	0,4	1,7	—	1,6	0,8
Halle a. d. Saale	23,0	17,5	28,0	6,8	23,6	1,9
Hamburg	29,7	13,4	30,8	7,9	21,7	5,9
Hannover	22,6	11,2	19,5	5,8	16,7	3,8
Köln	15,8	18,1	10,9	6,7	5,6	3,4
Karlsruhe	1,7	0,2	2,5	0,2	2,0	0,2
Kiel	6,2	1,1	6,8	1,3	8,1	1,8
Königsberg i. Pr.	26,4	20,5	30,5	13,9	25,7	8,0
Leipzig	6,6	4,4	16,7	2,7	11,5	2,9
Magdeburg	5,0	2,6	6,1	1,6	4,6	1,0
Mannheim	6,1	5,1	9,0	1,2	4,2	—
München a. N.	3,7	1,2	2,4	—	2,9	—
Münster	37,2	33,6	27,3	24,3	24,4	20,7
Nürnberg	40,2	38,1	32,2	18,3	30,6	13,9
Osnabrück	54,9	38,9	57,1	20,0	38,9	14,9
Regensburg	32,0	23,8	39,4	22,4	33,0	19,1
Saarbrücken	22,1	18,8	27,9	17,2	21,3	5,7
Stettin	19,0	11,3	27,4	11,7	28,4	12,1
Strasbourg i. E.	0,4	0,4	0,6	0,4	9,8	5,9
Stuttgart	27,0	21,1	29,6	17,3	25,3	10,9
Wiesbaden	16,3	12,4	22,6	7,2	17,2	4,5
Durchschnitt	30,4	13,5	21,4	9,5	17,9	6,4
Berlin	12,9	2,1	9,7	9,6	7,2	—
Durchschn. mit Berlin	?	13,4	?	9,5	?	6,2

Die Großstädte zeigen sehr unterschiedliche Arbeitslosenzahlen. Doch mit einigen Ausnahmen ging die Arbeitslosigkeit in allen diesen Zweigvereinen gegen Ende des Vierteljahres zurück; namentlich sind die am letzten Werktag arbeitslos gebliebenen Mitglieder weniger geworden. Zu

den Ausnahmen gehören Stettin und Strasbourg, wo die Arbeitslosigkeit seit Januar ständig zugenommen hat. Genau in Königsberg. Die Arbeitslosigkeit war dort jedoch im Verhältnis zu andern Orten ziemlich gering, so daß die Zunahme nicht schwer ins Gewicht fällt. Auch Strasbourg hatte verhältnismäßig keine hohe Arbeitslosigkeit, trotzdem ist die Zunahme (von 0,4 auf 9,8 pZt.) recht erheblich. In Cassel war die Zunahme der gemeldeten Arbeitslosen (von 0,4 auf 60,3 pZt.) besonders stark, trotzdem blieb am Monatschluß nur ein sehr kleiner Teil arbeitslos. Sollte berichtet für den letzten Monat des Monats März gleichfalls eine besonders hohe Zunahme der Arbeitslosen. Auch in andern Orten, wie Braunschweig, Bremen, Breslau, Kiel, Magdeburg, München, Posen, Wiesbaden, die im März mehr Arbeitslose meldeten als im Januar, kamen diese zum größten Teile wieder in Arbeit. Denn auch diese Zweigvereine berichteten zum Vierteljahreschluß eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen. Die meisten Arbeitslosen hatten Braunschweig, Chemnitz, München, Nürnberg, Posen, Posen. Etwas weniger schloß, aber immer noch recht groß war die Arbeitslosigkeit in Grefeld, Dresden, Halle, Hamburg, Hannover, Leipzig, Posen, Saarbrücken, Stuttgart. In andern Großstädten entspricht die Arbeitslosigkeit etwa dem Durchschnitt. Die niedrigsten Arbeitslosenzahlen hatten Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Kiel, München, Strasbourg. Die Zunahme der Zweigvereine an den Monatsberichten war in diesem Vierteljahr besser als je vorher. Jeder hat die im Januar einsehende Besserung nicht unterbrochen standgehalten; denn die Zahl der für diesen Monat berichtenden 800 Zweigvereine sank im Februar auf 770, im März aber im März wieder auf 793. Es liegt an den Berichterstattungen der Zweigvereine, die bisher unregelmäßig oder gar nicht berichtet, die Statistik dadurch zu verbessern, daß sie die Berichtstermine allmählich nach Monatschluß einhalten; auch dann, wenn ihr Zweigverein keine Arbeitslosen hatte.

Entwürfe zu Vorträgen mit Lichtbildern.

Wir haben kürzlich einen Artikel veröffentlicht, in dem die Einrichtung eines Lichtbildapparates durch den Zentralbildungsausschuß besprochen wurde. Das Archiv ist von dem Kunstschaffenden Hausstein eingerichtet worden, der auch die meisten Entwürfe zu den Vorträgen mit Lichtbildern verfaßt hat. Wir erhalten nun vom Zentralbildungsausschuß noch einige Entwürfe zu Vorträgen mit Lichtbildern, die in jenem Artikel nicht mit erwähnt waren. Sie stammen von Dr. Adolf W. und eignen sich für unsere Zwecke ganz besonders zur Verwendung während des Krieges. Der eine Vortrag mit 78 Lichtbildern behandelt die Kunstgeschichte in den 511 Jahren Kriegsgeschichte, ein anderer mit 78 Lichtbildern die Kunst Indiens und des Orients, ein dritter mit 89 Lichtbildern die Kunst Chinas und Japans und ein vierter, der übrigens in unserem Artikel schon mit erwähnt worden ist, handelt vom Helikopter in der Luft (78 Bilder). Welche spricht eine vollständige Sprache als Hausstein und wird deshalb den Arbeitern vielleicht noch näher kommen als dieser. Die Vortragsgrundrisse zu den Lichtbildern werden vom Zentralbildungsausschuß herausgegeben, um den örtlichen Bildungsausschüssen, Gewerkschaftsvereinen und Parteiveren die Veranstaltung von Lichtbildvorträgen zu leicht und so billig wie möglich zu machen. Es braucht bei Verwendung der Vortragsgrundrisse kein besonderer Redner bestellt zu werden, sondern es genügt, daß ein guter Arbeiter den Text mit Uebersetzung und Betonung klar und deutlich vorliest. Wir sprechen nochmals den Wunsch aus, daß von der Einrichtung des Zentralbildungsausschusses keine Gebrauch gemacht werden möge. Hier finden die Arbeiter und Arbeiterinnen unendlich viel Interesse, als sonst ihnen in so manchem Kinohaus mit seinen nur auf den Herabwürdigung berechneten Sensationsfilmen geboten wird, nämlich Bilder, die künstlerischen Wert haben und die ebenso zur Bildung wie zur Unterhaltung der Arbeiter beitragen.

Die Arbeitslosenstatistik im ersten Vierteljahr 1915 nach Ortsgrößenklassen.

Ortsgrößenklassen	Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Vereins	Es sind arbeitslos	Arbeitslose sind	Arbeitslos sind	Arbeitslos sind	Im letzten Werktag des Monats waren		Arbeitslos im laufenden Monat waren						Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos	Arbeitslosenzahl								
						arbeitslos	von 100000 Einwohnern	bis 2 Tage	3 bis 6 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage	25 bis 30 Tage			bis 2 Tage	3 bis 6 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage			
Monat Januar																							
Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	40	62 618	19 804	20,4	44	294	2022	536	1513	8 439	13,5	3898	2674	1901	1 696	2 635	1 876	976	844	668	1 939	175 754	13,7
" " 20 000 bis 100 000 "	138	35 949	7 300	20,3	45	290	2022	536	1513	8 439	13,5	3898	2674	1901	1 696	2 635	1 876	976	844	668	1 939	112 278	15,4
" " weniger als 20 000 "	622	38 616	8 284	21,3	95	213	691	1198	297	5 885	15,2	1 680	1 291	1 002	1 302	3 009	660	525	490	509	1 767	138 148	16,7
Im ganzen Reichs...	800	137 183	28 388	20,7	184	767	8484	2648	2226	19 313	14,1	7293	5380	4031	4 051	7683	2589	2075	1738	1603	5227	426 180	15,0
Monat Februar																							
Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	40	58 377	12 520	21,4	43	289	4167	883	1613	5 568	9,5	3887	2795	2092	3 806	—	—	—	—	—	—	172 114	13,3
" " 20 000 bis 100 000 "	139	33 864	7 382	21,8	45	231	1917	1077	868	3 789	11,2	1 655	1 619	1 289	2 779	—	—	—	—	—	—	100 178	13,3
" " weniger als 20 000 "	591	32 865	8 371	25,5	149	205	1560	1218	174	4 284	15,0	1 378	1 621	1 539	3 832	—	—	—	—	—	—	74 616	16,7
Im ganzen Reichs...	770	125 106	28 273	22,6	237	725	7934	9178	2155	14 281	11,4	6920	5975	4960	10 418	—	—	—	—	—	—	3473	14,6
Monat März																							
Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	40	55 218	9 886	17,9	70	290	3990	669	1899	3 538	6,4	3442	2365	1420	1 040	1 619	789	892	800	1 870	948	125 557	12,7
" " 20 000 bis 100 000 "	141	30 746	6 286	20,3	40	310	2553	842	208	2 248	7,3	1 630	1 318	1048	848	1 392	702	702	612	1 150	751	90 468	14,5
" " weniger als 20 000 "	612	31 772	7 543	23,7	174	296	2992	1063	202	2 960	9,3	1 441	1 569	1 233	1 003	2 297	629	701	682	1 449	1 154	124 014	16,4
Im ganzen Reichs...	793	117 736	23 665	20,1	284	996	9440	2574	1969	8 746	7,4	6513	5252	3701	2 891	5308	2120	2285	2203	4 469	2853	340 039	14,4

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der 20. Woche (Montag, 17. Mai).

Es haben sämtliche Bezirke berichtet. Die Zahl der Zweigvereine hat sich um 4 verringert; sie beträgt nun noch 870, von denen 880 mit 119 884 Mitgliedern berichtet haben. In dem Bezirk Westfalen hat die erheblich hohe Zahl von 18 Zweigvereinen nicht berichtet. Aus den Bezirken Thüringen und Straßburg fehlen je 7 Zweigvereine, aus dem Bezirk Königsberg 4 und aus dem Bezirk Karlsruhe 3 Zweigvereine mit ihrem Bericht. Aus den Bezirken Bremen, Braunschweig und Magdeburg fehlen die Bezirke für je 2 Zweigvereine und aus dem Bezirk Stettin für 1 Zweigverein. Aus den übrigen Bezirken sind die Berichte vollständig. Die Zahl der berichtenden Vereine ist also zur Vorwoche um 6 gefallen, die Mitgliederzahl ist um 688 zurückgegangen. In Wirklichkeit ist sie mit 1326 einzuschließen und verteilt sich auf die Bezirke Berlin, Braunschweig, Bremen, Göttingen, Erfurt, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Mecklenburg, Stettin, Stuttgart, Dresden, Westfalen und Karlsruhe. Von den letzten beiden Bezirken weist Westfalen den Bericht von 552 Mitgliedern auf und Karlsruhe einen solchen von 236. In beiden Fällen werden diese Zahlen aber ganz erheblich beeinträchtigt durch die Vereine, die in der Berichtswöch nicht berichtet haben. Auf diese Weise fehlen im Bezirk Westfalen 445, im Bezirk Karlsruhe 204 Mitglieder. Es wäre wünschenswert, daß die Zweigvereine sich endlich dazu geschönnten, pünktlich zu berichten. Diesen Bericht an Mitgliedern stellt gegenüber eine Zunahme von 640, die sich auf die Bezirke Königsberg, Magdeburg, Dortmund, Leipzig, München, Straßburg und Württemberg erstreckt und im letzten Bezirk die Höhe von 344 erreicht.

Von den Mitgliedern waren arbeitslos 1692 Maurer, 403 Hilfsarbeiter, 35 Betonarbeiter, 231 Stufarbeiter, 3 Pfeifenleger, 7 Isolierer und 19 Erbauer, insgesamt 2445 = 1,90 pSt. der Mitglieder gegen 2,18 pSt. im Bericht der Vorwoche. Der Rückgang beträgt also 0,28 pSt. Es sind mit Ausnahme der Stufarbeiter, die einen geringen Zuwachs der Arbeitslosen verzeichnen, und der Pfeifenleger, bei denen der Stand der gleiche geblieben ist, alle Berufe daran beteiligt. Die größte Arbeitslosigkeit hat der Bezirk Straßburg mit 6,4 pSt., die geringste mit unter 1 pSt. weisen die Bezirke Göttingen, Dortmund, Erfurt und Magdeburg auf. Zwischen 1 und 2 pSt. haben die Bezirke Königsberg, Braunschweig, Frankfurt, Hannover, Bremen, Dresden, Leipzig und Karlsruhe aufzuweisen. Von 2 bis 3 pSt. verzeichnen die Bezirke Berlin, Westfalen, Stettin, Mecklenburg, München, Stuttgart, Hamburg und Württemberg, unter Hamburg mit 3,9 und Nürnberg mit 4,5 am höchsten Stelle liegen.

Die Pfandkassenerlöse haben 1310 Mitglieder = 1,09 pSt. erhalten. Die Abnahme beträgt im Vergleich zur Vorwoche 0,19 pSt.

Table with 4 columns: Bezirk, Zahl der Zweigvereine, davon haben berichtet, In den berichtenden Zweigvereinen, erledigten in der abgelaufenen Woche, erledigten in der abgelaufenen Woche Pfandkassenerlöse.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Table with 10 columns: Bezirk, Maurer, Hilfsarbeiter, Betonarbeiter, Pfeifenleger, Isolierer, Erbauer, Stufarbeiter, Göttinger, Gesamt.

Ergebnis der 21. Woche (Dienstag, 25. Mai).

Berichtet haben alle Bezirke. Die Feststellung erstreckt sich über 890 Zweigvereine mit 117 406 Mitgliedern. Nicht berichtet haben im Bezirk Königsberg 14 Vereine. Weiter fehlen die Bezirke von 8 resp. 7 Vereinen aus den Bezirken Straßburg und Westfalen. Der Bezirk Bromberg mit je 3, Bremen und München mit je 2 und die Bezirke Berlin, Stettin und Leipzig mit je 1 Verein. In den übrigen Bezirken haben alle Zweigvereine berichtet. Es ist also wieder ein Rückgang von 2488 Mitgliedern zu verzeichnen, dessen Ursache zum Teil auf die Unregelmäßigkeit zurückzuführen ist, die in der Berichterstattung bei den Zweigvereinen liegt.

Von den Mitgliedern waren arbeitslos: 1535 Maurer, 397 Hilfsarbeiter, 28 Betonarbeiter, 270 Stufarbeiter, 57 Pfeifenleger, 13 Isolierer und 16 Erbauer = 2316 = 1,97 pSt. der Mitglieder gegen 1,96 in der Vorwoche. In dem Bezirk Straßburg ist die Arbeitslosigkeit wieder auf 8,2 pSt. gestiegen. Auch im Nürnberg Bezirk beträgt sie wieder über 5 pSt. Unter 2 bis zu 5 pSt. weisen auf die Bezirke Bromberg, Stettin, Westfalen, Berlin, Hamburg, München und Stuttgart. Von 1 bis 2 pSt. haben Frankfurt, Göttingen, Bremen, Mecklenburg, Dresden und Leipzig. Und Magdeburg, Erfurt, Dortmund, Hannover und Karlsruhe. Die Pfandkassenerlöse erhielten 1229 Mitglieder = 1,04 pSt. Also auch hier ist eine geringe Abnahme von 0,05 pSt. gegen die Vorwoche zu verzeichnen.

Table with 4 columns: Bezirk, Zahl der Zweigvereine, davon haben berichtet, In den berichtenden Zweigvereinen, erledigten in der abgelaufenen Woche, erledigten in der abgelaufenen Woche Pfandkassenerlöse.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Table with 10 columns: Bezirk, Maurer, Hilfsarbeiter, Betonarbeiter, Pfeifenleger, Isolierer, Erbauer, Stufarbeiter, Göttinger, Gesamt.

Begriffsbestimmungen für Arbeiten zur Vorbereitung von Hochbauten. Insbesondere im einzelnen Erdarbeiten (Ausgrabungsarbeiten) als Vorbereitung von Betonarbeiten (Ausgangspunkt sind, kann angeführt der zugehörig unterzeichneten praktischen Folgen nur von Fall zu Fall festgestellt werden.

Die Sitzung wurde hierauf von 1 bis 3 Uhr vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung überreichten die Arbeitgeber folgende Erklärung: Die Fassung des von den Herren Inparteilichen zu unserm Antrag gemachten Entschlussschlusses läßt erkennen, daß die Bedingungen der in letzterem vorgeschlagenen Regelung der vorhererwähnten Erdarbeiten von Betonarbeiten angefaßt der unübersehbaren praktischen Folgen einen sehr großen Kreis anderer Arbeitgeber, so der Kleinbauernbetriebe, in Mitleidenschaft ziehen, die an dem Reichsbaupaktvertrag nicht beteiligt sind. Wir beabsichtigen, die mit diesen Arbeitgebern angegriffenen Verhandlungen zunächst fortzusetzen, um eine allen Beteiligten möglichst befriedigende Lösung der Frage anzustreben. Aus diesem Grunde halten wir heute Zurückstellung der Entscheidung über unsern grundsätzlichen Antrag für zweckmäßig und ziehen den Antrag zurück mit dem Vorbehalt, diesen zu geeigneter Zeit erneut zu stellen.

Die Inparteilichen zogen sich hierauf zur Beratung zurück und machten nachfolgenden Vorschlag: Angesichts der Erklärung der Arbeitgeber, daß mit den Arbeitgebern im aufeinander abgestimmten Verfahren über die hier aufgeworfene Frage zu verhandeln, und im Hinblick auf die zu Beginn der Verhandlungen auch von Arbeitnehmerseite geltend gemachten Zweifel, ob es bei der nur noch kurzen Dauer des Vertrages zweckmäßig ist, die grundlegende Frage der Regelung der Erdarbeiten zu behandeln, halten wir es gleichfalls für angebracht, die Sachen für beruhend zu erklären.

Hierauf zogen sich die Arbeitnehmer zurück und überreichten folgende Erklärung als Protokoll:

Wir halten die Zurückziehung des Antrages in dem jetzigen Augenblick aus formalen und grundsätzlichen Gründen für unzulässig. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes haben volle Freiheit gehabt und diese auch reichlich ausgenutzt, den Antrag nach allen Seiten zu begründen; aus dem wiederholten Erklärungen des Herrn Vorsitzenden haben sie auch rechtzeitig mit Sicherheit die Tragweite des zu erwartenden Schiedspruches erkennen können. Nachdem gesichertermaßen schon über den Antrag entschieden war, ist das Zurückziehen desselben aus formalen Gründen unzulässig. Grundätzlich würde die Zurückziehung die Wirkung haben, daß jede Partei ihre Anträge zurückziehen könnte, wenn sie sieht, daß sie nicht zu ihren Gunsten entschieden werden. Das würde gleichbedeutend sein mit der Verweigerung des Haupttariffamtes zu völlig unrichtiger Arbeitsbedingung. Das können die Vertreter der Arbeiterverbände nicht mitmachen. Der Einwand, daß noch andere Organisationen in der streitigen Frage mitzureden hätten, ist völlig abwegig. Fragen, die sich aus dem bestehenden Vertrage ergeben, müssen auch nach Wort und Sinn dieses Vertrages und nicht nach Willkür der Beteiligten entschieden werden. Aus diesen Gründen beantragen die Vertreter der Arbeiterverbände, nunmehr über den sachlichen Vorschlag der Herren Inparteilichen abzusprechen.

Die Inparteilichen gaben hierauf nachfolgende Erklärung ab:

Nach einer allgemein anerkannten Prozedur kann eine Partei einen von ihr gestellten Antrag in jedem Zeitpunkt der Verhandlung bis zur Abstimmung einseitig zurückziehen. Dieser Grundbehauptung muß auch für das Haupttariffamt gelten und wurde von beiden Vertragspartnern wiederholt in Anwendung gebracht. Der Antrag der Inparteilichen hat lediglich die Bedeutung eines Vorstufpunktes, der jederzeit auf Grund neu vorgebrachter Gesichtspunkte geändert werden kann. Der Arbeitgeberbund hat vor der Abstimmung einen derartigen neuen beschließigen Gesichtspunkt vorgebracht. Deshalb erziehen der letztgenannte Vorschlag, die Sache beruhen zu lassen, formell zulässig und sachlich berechtigt.

Die Arbeitnehmer erklärten, daß sie nunmehr den Antrag zu Punkt 1 der Tagesordnung aufnehmen und beantragen, über den sachlichen Vorschlag der Inparteilichen abzusprechen. Der Antrag wurde auf Vorschlag der Inparteilichen gegen die Stimmen der Arbeitnehmer vertagt. Herr Reichel beantragte nunmehr Vertagung der heutigen Sitzung. Hierauf erfolgte eine allgemeine Aussprache über den Abschluß der Tarifverträge. Die Arbeitgeber stimmten hierauf der Vertagung zu.

Vom Bau.

Zum Wiederaufbau Ostpreußens. Der Ostdeutsche Handwerkskammertag beschloß in seiner Sitzung am 4. Mai, in Königsberg eine Verbindungsstelle für den Wiederaufbau der zerstörten Ostpreußen zu errichten. Diese Stelle soll die Ausführlarstellung, die Vermittlung von Geräten, Werkzeugen, Betriebsmitteln und Baustoffen übernehmen; sie soll Materiallager von Baumaterialien, Wohnungs- und Hauspfalzgegenständen einrichten. Ferner soll sie die Errichtung von Genossenschaften und Lieferungsverbänden fördern, soll eine technische und architektonische Beratungsstelle sein, die Vertretung von Arbeitern übernehmen, Schiedsrichter bestellen und Schiedsgericht bei gewerblichen Streitigkeiten sein. Die Aufgaben dieser neuen Einrichtung werden also recht vielfältig sein; hoffentlich kann das Programm zur allseitigen Zufriedenheit erfüllt werden.

Bauwürdige Häuser in Lodz. Die „Deutsche Bodner Zeitung“ vom 27. April meldet: Schon vor Jahresfrist waren einige Holzhäuser an der Schlegelstraße zum Abbruch bestimmt, da sie eine Gefahr für die Einwohner und die Straßenspassanten bildeten. Infolge der Kriegsergebnisse mußte jedoch davon Abstand genommen werden. Nun richtete der Besitzer des Hauses Nr. 16 an der genannten Straße beim Bürgerkomitee ein Gesuch ein, in dem er um die Erlaubnis nachsuchte, seinen Einwohnern künftigen und das Haus abbrechen zu dürfen, da es einzu-

Sitzung des Haupttariffamtes für das deutsche Baugewerbe.

(Nächtlicher Bericht).

Dresden, den 19. Mai 1915. Das Haupttariffamt hat heute zusammen. Um 10 Uhr vormittags wurde die Sitzung eröffnet. Den Vorsitz führte Herr Reichel, dem Vorsitzende. Es wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten und über den Antrag des Deutschen Arbeitgeberbundes, Nr. 1 der Tagesordnung, verhandelt. Nach längerer Verhandlung machten die Inparteilichen folgenden Vorschlag:

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß nicht nur der Betonstichtspruch vom 27. Mai 1913, sondern der gesamte Meistariffvertrag auf das Baugewerbe, und zwar nicht nur auf Ostpreußen, sondern auch auf Westpreußen, ausgedehnt werden soll. Ferner ist es notwendig, die Bestimmungen des Meistariffvertrages, die sich auf die Baugewerke beziehen, zu revidieren. Die revidierten Bestimmungen sollen dem Inhalt nach den Bestimmungen des Meistariffvertrages entsprechen, im wesentlichen aber die Bestimmungen des Meistariffvertrages für den Baugewerbe anzuwenden werden. Dies gilt naturgemäß auch bezüglich der Nummer II, 3 der sonstigen Einigungsabschlüsse der Inparteilichen zum Meistariffvertrag, betreffend die



fürigen drohe. Das Komitee entsandte eine Kommission, die das Haus besichtigte und dessen Abruch anordnete. Auf Grund dieser Anordnung erschienen gestern vormittag Militanten des zweiten Bezirks und ließen die Wohnungen räumen. Es kam dabei zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Einwohnern und den Militanten. Da die Mieter eine Mitsprache an die Besatzung eingereicht haben, daß man ihnen Zeit zum Umzug gewähren möge, ist die zwingende Ermächtigung vorläufig eingestellt worden.

Gewerkschaftliches.

Beantworte Siverberlegung für internationale Gewerkschaftssekretariate. Die Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Frankreich und England, die anlässlich der Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien der alliierten Länder vom 15. Februar dieses Jahres in London zusammentrafen, haben, wie feierlich in der Tagespresse berichtet worden ist, den Vorschlag gemacht, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein neutrales Land, und zwar nach Bern, zu verlegen. Sie haben diesen Vorschlag dem Präsidenten der American Federation of Labour, Gompers, übermittelt. Dieser hat ihn dem Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem Genossen Legien, mit dem Bemerkten zugesandt, daß er die fröhliche Frage augenblicklich sein eigenes Urteil abgeben wolle. Der Vorschlag selbst wird damit begründet, daß Jahre vergehen müssen, ehe Belgien und Frankreich nach Berlin mit dem Freimit und dem Zutrauen, die vor dem Kriege bestanden, gehen können. Es wird ausdrücklich in der Begründung hervorgehoben, daß der Vorschlag frei von irgendwelcher persönlichen Antipathie gegen das deutsche Volk. Auch gegen die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden Vorwürfe nicht erhoben. Es besteht auch nicht das geringste persönliche Gefühl gegen Legien, und es besteht sich, daß das vorgeschlagene Arrangement nur ein temporäres zu sein braucht. So heißt es in dem Schreiben der Engländer und Franzosen an Gompers: Uns will allerdings scheinen, als ob doch ein wenig Antipathie gegen die Deutschen bei dem Zustandekommen des Vorschlages im Spiel gewesen wäre. Wenn diese Antipathie nicht vorhanden gewesen wäre, so wüßten wir nicht, warum die Belgier und Franzosen nicht in Berlin oder einer anderen deutschen Stadt ebensogut über gewerkschaftliche Angelegenheiten verhandeln könnten wie in irgendeiner anderen Stadt Europas. Vermutlich bezieht sich der Wangen an Freimit und Zutrauen nicht auf die Stadt Berlin, sondern auf die deutschen Arbeitervertreter. Im übrigen kann wohl über einen Antrag auf Siverberlegung erst die nächste internationale Konferenz der Landessekretariate entscheiden. Ehe diese stattfindet, wird man öffentlich auch in Frankreich und England einsehen, daß die angeführten Gründe für die Siverberlegung des Gewerkschaftsbundes nicht ausreichen.

Was die Engländer und Franzosen für den Internationalen Gewerkschaftsbund erstreben, das erstrebt der Romanische Verband der Schweizerischen Buchdrucker für die Internationale dieses Berufes. Er (und mit ihm der schweizerische Buchdruckerverband) ist der Meinung, daß das internationale Buchdruckersekretariat nach der Schweiz verlegt werden müsse. Als Begründung wird auf die Internationalisierung des bisherigen, in Stuttgart bestehenden Sekretariats, eines gescheiterten Kongresses und naturhistorischen Franzosen, hingewiesen. Die Siverberlegung sei notwendig, damit die internationalen Beziehungen aufrechterhalten werden könnten. Auf ein Rundschreiben des Romanischen Verbandes an die dem Sekretariat angehörenden 17 Verbände antworteten die Verbände von Belgien, Kroatien und Finnland nicht. Von den 14 anderen Verbänden des Verbandes mit 25 000 Mitgliedern für die Siverberlegung und sieben Verbände mit über 100 000 Mitgliedern dagegen. Ein Verband enthielt sich der Abstimmung. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckerverbandes erklärte, der Wunsch auf Siverberlegung sei lediglich auf Orell gegen Deutschland zurückzuführen. Der Vorstand fügte sich frei von jedem Haß und Orell gegen die Kollegen der Verbände und seine daher die Siverberlegung ab. Zum Schluss erklärt der Vorstand: Sollten tatsächlich einzelne Verbände aus Heindlichem und unberechtigtem Haß gegen den jetzigen Sitz des Internationalen Sekretariats ihre Verbindungen mit letzterem lösen, so würde der deutsche Verband zu prüfen haben, ob die Vorkonferenzhaltung dieser Institution sich weiter notwendig erweise — und dann, je nach Erfolg dieser Prüfung, seine weiteren Maßnahmen treffen. Dazu sagt das Korrespondenzblatt der General-Kommission, es halte diese Stellungnahme für ebenso deutlich wie angemessen.

Soziales.

RVK. Kinderzuschuß und Krankenrente der Invalidenversicherung. Bei der Empfänger einer Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich nach der Vorschrift der Reichsversicherungsordnung die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um ein Zehntel, bis zum höchstens anderthalbfachen Betrage. Dies gilt nicht nur bei endgültig festgestellten, sogenannten Dauerrenten, sondern auch bei den nur auf Zeit gegebenen Krankenrenten. Nach einer solchen Bekanntmachung der Reichsversicherungsordnung ist der Kinderzuschuß jedoch nicht zu zahlen, wenn zwar die Dauerrente erst nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften (1. Januar 1912), die Krankenrente aber bereits vorher bewilligt war. Da Kinderzuschuß nur für Invalidenrenten, die nach dem genannten Zeitpunkt begonnen zu zahlen sind, weil das Gesetz keine rückwirkende Strafe hat, so gilt dies auch für vorläufige Invalidenrenten, wie sie die Krankenrenten darstellen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 23. bis 30. Mai sind durch die Zweigvereine folgende Beträge an die Hauptkasse eingelangt: Braunkasse M. 19,20, Pflegethe 90, Frankenkassen 100, Diepe 45,66. — Kalender: Goldberg i. Sch. 10.

Abrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes für das erste Quartal 1915.

Table with columns: Abrechnung, Einnahme in den Zweigvereinen, Ausgabe in den Zweigvereinen, Einnahme in der Hauptkasse, Ausgabe in der Hauptkasse. Includes sub-sections for 'Ausgabe in den Zweigvereinen' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with columns: Ausgabe in der Hauptkasse, Einnahme in der Hauptkasse, Ausgabe in der Hauptkasse. Includes sub-sections for 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with columns: Ausgabe in der Hauptkasse, Einnahme in der Hauptkasse, Ausgabe in der Hauptkasse. Includes sub-sections for 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with columns: Ausgabe in der Hauptkasse, Einnahme in der Hauptkasse, Ausgabe in der Hauptkasse. Includes sub-sections for 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with columns: Ausgabe in der Hauptkasse, Einnahme in der Hauptkasse, Ausgabe in der Hauptkasse. Includes sub-sections for 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with columns: Ausgabe in der Hauptkasse, Einnahme in der Hauptkasse, Ausgabe in der Hauptkasse. Includes sub-sections for 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Hamburg, den 30. Mai 1915. Gern. Kober, Kassierer. Vorliegender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend bescheinigt worden. Das Verbandsvermögen ist uns nachgewiesen worden. Die Revisoren: Wilh. Albrecht, S. Marks, S. Levy.

Abrechnung der Jugendabteilung für das erste Quartal 1915.

Table with columns: Abrechnung, Einnahme, Ausgabe. Includes sub-sections for 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Hamburg, den 30. Mai 1915. Gern. Kober, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden. Die Revisoren: Wilh. Albrecht, S. Marks, S. Levy.

Table with columns: Ausgabe, Einnahme, Ausgabe. Includes sub-sections for 'Ausgabe' and 'Einnahme'.

Table with columns: Ausgabe, Einnahme, Ausgabe. Includes sub-sections for 'Ausgabe' and 'Einnahme'.

Table with columns: Ausgabe, Einnahme, Ausgabe. Includes sub-sections for 'Ausgabe' and 'Einnahme'.

Table with columns: Ausgabe, Einnahme, Ausgabe. Includes sub-sections for 'Ausgabe' and 'Einnahme'.

Table with columns: Ausgabe, Einnahme, Ausgabe. Includes sub-sections for 'Ausgabe' and 'Einnahme'.

Hamburg, den 30. Mai 1915. Gern. Kober, Kassierer. Vorliegender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend bescheinigt worden. Das Verbandsvermögen ist uns nachgewiesen worden. Die Revisoren: Wilh. Albrecht, S. Marks, S. Levy.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Poplow), verantwortlicher Redakteur: H. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.